

Jürgen W. Falter und Reinhard Zintl

Weltwirtschaftskrise und NSDAP-Wahlerfolge.
Ein Erklärungsversuch mit Hilfe eines "rationalistischen" Ansatzes und ökologischer Regressionsanalysen.

1. Einführung

Der Stimmenzuwachs der NSDAP während der letzten Jahre der Weimarer Republik gehört zu einem der augenfälligsten Beispiele für den Zusammenbruch eines demokratischen Regierungssystems unter Mitwirkung demokratischer Prozeduren. Unter den Betrachtern dieses Vorganges herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Wirtschaftslage hierbei eine Rolle gespielt hat. Worin jedoch diese Rolle genau bestanden hat, ist umstritten – es ist, mit anderen Worten, keineswegs klar, auf welche Weise die wirtschaftliche Krise in eine politische Krise transformiert wurde, in welcher Weise politisches Verhalten ökonomische Probleme in Druck auf die Institutionen übersetzte.¹ Es gibt hier keine auf den ersten Blick sich aufdrängende Antwort, wie eine kurze Überlegung zeigt: Daß eine Wirtschaftskrise als Grund für den Zusammenbruch demokratischer Institutionen angesehen werden kann, sagt noch nichts darüber aus, welcher Zusammenhang auf der Individualebene zwischen Härte des individuellen Schicksals und Heftigkeit der politischen Reaktion bestanden haben mag. Auch wenn beispielsweise die Massenarbeitslosigkeit eine entscheidende Rolle gespielt haben mag, bleibt es immer noch eine nur empirisch zu beantwortende Frage, ob es gerade die Arbeitslosen waren, die für die Wahlerfolge der NSDAP sorgten, oder etwa diejenigen, die sich durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlten, oder gar diejenigen, die sich durch die Arbeitslosen bedroht fühlten².

Die Bandbreite unterschiedlicher Interpretationen der Weimarer Entwicklung ist entsprechend groß: Am einen Ende des Spektrums findet sich die These von der vollständigen Auflösung der gesellschaftlichen Strukturen, die zuvor den politischen Institutionen einen gewissen Halt gegeben hatten; am anderen Ende begegnet man der Einschätzung des Vorganges als eigentlich überhaupt nicht ungewöhnlich, nämlich als einen

¹ Vgl. Waldman (1973).

² Vgl. Falter (1984).

Fall der Bestrafung der Regierung für unzureichende wirtschaftspolitische Leistungen durch Stimmabgabe für die Opposition. Bemerkenswert ist in dieser Sicht nicht das Verhalten der Wähler, sondern allenfalls der Charakter der führenden Oppositionspartei, eben der NSDAP. Zwischen diesen Polen, die entweder die Erosion der gesellschaftlichen Cleavage-Struktur oder aber die Irrelevanz dieser Struktur implizieren, finden sich Interpretationen, die einen Prozeß der Formierung, der Radikalisierung, innerhalb einer weiterbestehenden Cleavage-Struktur konstatieren. Der Wandel wird hier als nicht derart grundlegend angesehen wie von der erstgenannten Deutung, jedoch wird im Unterschied zur Behauptung bloßer Fluktuation nach dem Muster "Belohnung/Bestrafung" die Veränderung längerfristig wirksamer Parteibindungen, "Realignment", behauptet.

Im folgenden werden wir die konkurrierenden Interpretationen einander gegenüberstellen und auf ihre empirische Haltbarkeit überprüfen. Es geht dabei nicht darum, zu erklären, warum gerade die NSDAP so erfolgreich die Unzufriedenheit der Wähler auszunützen verstand und warum ihr dies nicht schon früher gelang. Es geht vielmehr darum, ausgehend von der Tatsache des Erfolges der NSDAP, Information darüber bereitzustellen, auf welches Wählerpotential sich dieser Erfolg stützte und in welcher Weise dies geschah. Mit anderen Worten: Wir versuchen, herauszufinden, was geschah, nicht, warum es geschah.

Wir werden in folgenden Schritten vorgehen:

Zunächst wird das begriffliche und theoretische Instrumentarium eingeführt. Es wird dargestellt, in welchen Grenzen und mit welcher Argumentation man überhaupt erhoffen kann, zu Aussagen über die Individuenebene zu kommen, wenn man nur über Aggregatdaten verfügt.

Im zweiten Schritt wird der zuvor entwickelte Begriffsapparat verwendet, um die wichtigsten Hypothesen über das Wählerverhalten in der Weimarer Republik zu reformulieren und entsprechend zu operationalisieren.

Anschließend wird der Charakter der verfügbaren Daten erläutert; Probleme der Datenanalyse werden diskutiert. In unserem Zusammenhang sind dies vor allem Probleme ökologischer Inferenz.

Zum Schluß werden die behandelten Hypothesen mit der empirischen Evidenz konfrontiert, zugleich werden einige erste Konsequenzen skizziert.

2: Begrifflicher und theoretischer Rahmen

2.1. Die "subjektive" Situation

Die Hypothesen, mit denen wir uns beschäftigen, berücksichtigen individuelle Entscheidungskriterien, Perzeptionen und Motive der Stimmabgabe in unterschiedlichem Maße. Keine von ihnen schließt die Individuenebene gänzlich aus der Betrachtung aus. So läßt sich zwar eine Aussage über die Erosion von Klassenbindungen sicherlich unter ausschließlicher Verwendung von Aggregatdaten überprüfen, jedoch enthält sie zumindest implizite Vermutungen über individuelle Handlungssituationen. "Situation" bedeutet in diesem Zusammenhang das Konglomerat von Perzeptionen und Bewertungen, auf dessen Hintergrund individuelle Handlungen stattfinden. Der Bezug zu individuellen Handlungssituationen wird explizit etwa dann, wenn man über die Belohnung/Bestrafung der Regierung oder über die Radikalisierung von Wählern spricht.

In der historischen Sozialforschung insgesamt und vor allem in der historischen Wahlforschung verfügen wir üblicherweise nicht über Umfragedaten. Während unsere Interpretationen sich also implizit oder explizit auf individuelle Handlungen beziehen, die kollektive Konsequenzen haben, besitzen wir zunächst einmal nur Information über diese kollektiven Konsequenzen, Information über Verhalten im Aggregat. Wenn wir derartige Interpretationen formulieren, sind wir also erstens von Verhalten im Aggregat zu individuellem Verhalten übergegangen und zweitens von sichtbarem individuellem Verhalten zu den individuellen Bestimmungsgründen dieses Verhaltens. Nur wenn derartige Rückschlüsse in expliziten Schritten erfolgen, kann man darüber diskutieren, ob es sich um bloße Spekulation handelt oder um überprüfbare Hypothesen. Daher sollen nun die Schritte unseres Gedankenganges im einzelnen vorgestellt werden.

Ganz allgemein ist folgendes festzuhalten: Da Aussagen über Verhalten im Aggregat aus Aussagen über Individuenhandlungen deduziert werden können, während logische Schlußketten in der Gegenrichtung nicht möglich sind, lassen sich angesichts der beschriebenen Ausgangslage zwingende Beweise mit Sicherheit nicht führen. Es ist daher angemessen, mit einem Modell individueller Wahlentscheidungen zu beginnen und zu betrachten, welche Konsequenzen sich aus welcher Konstellation individueller Handlungen auf Aggregatebene ergeben. Hieraus läßt sich dann ableiten, welche Sorten individuellen Handelns *nicht* mit den beobachteten Aggregatbeziehungen vereinbar sind. Mit anderen Worten: Hypothesen

lassen sich in unserem Zusammenhang nur "negativ" überprüfen, "Bestätigung" kann nur in Nichtwiderlegung bestehen³.

Wenn das Vorhaben erfolgreich ist, wird zwar nicht eine bestimmte der zur Auswahl stehenden Hypothesen als zutreffend erwiesen sein, jedoch sollte die Menge der Hypothesen, die mit den Daten vereinbar sind, gegenüber der ursprünglichen Auswahl reduziert sein.

Wenn wir die individuelle Wahlentscheidung als einen zielorientierten Auswahlakt auffassen, dann verwenden wir ein Rationalmodell des Wählerverhaltens: Wir unterstellen, daß die Wähler eine Entscheidungssituation definieren, die politische und wirtschaftliche Umstände, als wesentlich erachtete Probleme, Problemlösungsmöglichkeiten und die Positionen der Parteien hinsichtlich dieser Probleme und der wahrgenommenen Lösungswege enthält. Darüber hinaus unterstellen wir, daß die individuelle Wahlentscheidung von dieser Situationsdefinition abhängt. Man kann sich das am besten in einem Distanzenmodell vorstellen⁴: Das Individuum besetzt einen bestimmten Ort in einem Raum, dessen Koordinatensystem von den ihm wichtigen Angelegenheiten gebildet wird; es ordnet den zur Wahl stehenden Parteien Positionen in diesem Raum zu und entscheidet sich für die nächstliegende Partei. Falls ein Wähler überhaupt nicht wählt oder seine Stimme unter allen Umständen der selben Partei gibt, haben wir es mit Grenzfällen zu tun, die jedoch in den begrifflichen Rahmen passen: Im ersten Fall sind sämtliche Parteien "zu weit" von der Position des Wählers entfernt (gemessen an einem individuell definierten Schwellenwert), im zweiten Falle gilt dies für alle

³ Das hat nichts mit der Frage von Falsifikation vs. Verifikation zu tun – da wir es hier mit deskriptiven Aussagen zu tun haben, wäre prinzipiell natürlich Bestätigung ebenso möglich wie Widerlegung.

⁴ Vgl. neuerdings insbesondere Enelow/Hinich (1984); für eine frühe Fassung vgl. vor allem Davis/Hinich/Ordeshook (1970).

Parteien außer einer⁵.

Was uns nun vor allem interessiert, ist weniger die Verteilung der Wähler und ihre Bestimmungsgründe, sondern es sind die Wählerbewegungen. Auf dieses Thema werden wir das räumliche Modell im folgenden zuschneiden und dabei wesentlich simplifizieren.

Zwei Fragen sind hier zu beantworten: Zum einen die Frage danach, was als bewegungsauslösender Faktor behandelt werden kann, zum anderen die Frage danach, welche Bewegungsrichtungen wie interpretiert werden sollen.

Die erste Frage ist für unseren Zusammenhang bereits durch die Themenstellung entschieden: Wir wollen wissen, wie sich die Wirtschaftskrise ausgewirkt hat, die man sicherlich als ein Valenzissue ansehen kann, das die Zufriedenheit mit den regierenden Parteien oder allgemeiner, allen für irgendwie verantwortlich gehaltenen Parteien, in Mitleidenschaft gezogen hat und insofern Einfluß auf wahrgenommene Distanzen hatte.

Hinsichtlich der zweiten Frage kann man zunächst einmal davon ausgehen, daß ein Wähler umso leichter zwischen zwei Parteien zu wechseln bereit ist, je geringer die Distanz der Positionen ist, die er den beiden Parteien in seinem Entscheidungsraum zugewiesen hat. Wir werden nun hinsichtlich der Entfernungen, die ein Wähler zwischen zwei Parteien wahrnimmt, nur zwei Fälle unterscheiden: zum einen die sehr große Entfernung, die damit einhergeht, wenn der Unterschied zwischen zwei Parteien in der Beurteilung des Wählers eine Prinzipienfrage berührt, zum anderen die relative Nähe, die damit verknüpft ist, daß der Unterschied zwischen den beiden Parteien im Urteil des Wählers nur eine Instrumentenfrage dar-

⁵ Dieser Begriffsapparat wird vor allem von ökonomisch inspirierten Theorien im Bereich der Politikwissenschaft verwendet. Bisweilen werden mit dem Rationalmodell Konsequenzen verknüpft, die dieses Modell, das ja zunächst noch ganz leer ist, nicht trägt: Es folgt beispielsweise nicht aus einer rationalistischen Rekonstruktion des Wählerverhaltens, daß man den Wählern zu unterstellen hat, sie belohnen oder bestrafen Regierungen je nach deren wirtschaftlichen Erfolgen oder Mißerfolgen (vgl. hier stellvertretend Kramer, 1971). Weder ist die Konzentration auf ökonomische Probleme bereits durch das Rationalitätskonzept vorgegeben, noch gibt das Konzept eine bestimmte Reaktionsweise vor. Ob Belohnung/Bestrafung oder Klientelverhalten (für die Terminologie vgl. Rattinger 1985) bzw. "incumbency-Orientierung" oder "policy-Orientierung" (Kiewiet 1983) vorliegt, ist nicht eine Frage der Anwendbarkeit des Rationalitätskonzepts, sondern hängt von den wahrgenommenen Alternativen und ihrer Bewertung ab. Dies wird im nachfolgenden Text genauer erläutert werden.

stellt. Über Wählerwanderungen läßt sich dann folgendes sagen: Wenn der Unterschied zwischen zwei Parteien für den Wähler eine Prinzipienfrage ist, dann wird er nicht bereit sein, zwischen ihnen zu oszillieren, gleichgültig, wie es mit der Regierungsbeteiligung der einen oder anderen Partei und der persönlichen Zufriedenheit des Wählers mit der Gesamtlage bestellt ist. Es wird immer nur höchstens eine der beiden Parteien wählbar sein. Solange dagegen der Unterschied zwischen zwei Parteien nur Instrumentenfragen berührt, wird der Wähler zwischen den Parteien zu wandern imstande sein (sofern nicht beide aus wiederum prinzipiellen Gründen für ihn unwählbar sind), wobei seine Zufriedenheit mit der Leistung der Regierung eine Rolle spielen wird, falls dieses Kriterium anwendbar ist.

Auf ein Vielparteiensystem angewandt bedeutet das, daß die Bewegungsmöglichkeiten des Wählers in diesem System von der Anzahl und der subjektiven Gewichtigkeit der Dimensionen abhängt, nach denen der Wähler die Parteienlandschaft ordnet. Je weniger solche Gesichtspunkte das politische Weltbild des Wählers enthält, umso umfangreicher werden seine Möglichkeiten, Parteien zu belohnen und zu bestrafen. Je größer die Rolle von Prinzipien ist, umso unbeweglicher wird er sein. Den Grenzfall bildet der Wähler, für den es überhaupt keine lediglich instrumentellen, sondern nur prinzipielle Unterschiede zwischen Parteien gibt – er ist der idealtypische Stammwähler, falls es überhaupt eine Partei gibt, die seinen Ansprüchen genügt.

Die Beschreibung der Wählerschaft insgesamt mit Hilfe solcher Begriffe ergibt sich zwanglos: Wenn es keine Individuen gibt, deren politische Weltbilder in der beschriebenen Art durch Prinzipienervägungen strukturiert sind, dann sind Wählerströme in sämtlichen Richtungen möglich. Wenn alle Individuen durchstrukturierte, aber je persönliche Weltbilder haben, dann wird das Bild auf Aggregatebene ebenso aussehen – die Wählerschaft insgesamt, wenn auch im Unterschied zum ersten Fall nicht der einzelne Wähler, kann als orientierungslos gekennzeichnet werden. Wenn es andererseits Gruppen von Wählern mit gemeinsamen Weltbildern gibt, dann ist eine gewisse Ordnung in den Wählerströmen zu erwarten. Soweit das der Fall ist, lassen sich aus Aggregatbewegungen Rückschlüsse auf die "Bedeutung" von Wählerbewegungen, auf das, was an individueller Entscheidung hinter ihnen steht, ziehen. Diesen Rückschlüssen liegt die folgende Überlegung zugrunde:

Wenn es überhaupt ein Issue gibt, das man mit einiger Sicherheit als Valenzissue einordnen kann, dann dürfte das eine schwere Wirtschaftskrise

sein. In einer solchen Situation haben nur sehr wenige Wähler ökonomische Gründe zu Zufriedenheit mit der jeweiligen Regierung. Die Wählerbewegungen, die mit einer solchen Krise einhergehen, geben dann Hinweise auf die wahrgenommenen Unterschiede, die Entfernungen, zwischen den Parteien. Diese Unterschiede können, aber müssen nicht, wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Themen enthalten.

Die gesellschaftliche Bedeutung einer Parteienkonfiguration, ihre Wahrnehmung durch die Wähler wird sicherlich nicht unabhängig von offiziellen Parteipositionen sein. Es gibt aber keinen Grund, das eine als vollständig durch das andere determiniert zu betrachten. Es ist vielmehr eine empirische und durch die gerade skizzierte Art der Bewegungsanalyse teilweise beantwortbare Frage, wie eng die Beziehung ist. Ein Beispiel mag das erläutern:

In einem System von vier Parteien A, B, C und D gebe es zwei für die Parteien wichtige Streitfragen, I und II, mit den jeweils offiziell bezogenen Positionen Ia und Ib bzw. IIa und IIb. Die Parteipositionen schöpfen alle möglichen Positionen aus (vgl. Fig. 1):

Figur 1

		Streitfrage I	
	Ia	Ib	
IIa	A	B	
Streitfrage II			
IIb	C	D	

Wenn wir keine wesentlichen Wählerbewegungen zwischen den Parteien feststellen können, gleichgültig wie intensiv der Druck durch irgendwelche Valenzissues sein mag, dann können wir schließen, daß beide Streitfragen für die Wählerschaft insgesamt offensichtlich von ebenso großer ("prinzipieller") Bedeutung sind wie für die Parteien.

Finden wir hingegen nennenswerte Wählerbewegungen zwischen A und C einerseits, B und D andererseits, aber keine "horizontalen" Bewegungen zwischen A und B bzw. C und D, dann sind offensichtlich für die Wählerschaft die positionalen Differenzen der Parteien im Hinblick auf die Streitfrage II nicht von prinzipieller Bedeutung, diejenigen hinsichtlich der Streitfrage I hingegen sehr wohl. Wenn es nur "diagonale", aber weder "horizontale" noch "vertikale" Bewegungen gibt, dann haben wir zu schließen, daß zwar positionale Unterschiede eine Rolle spielen, aber daß die beiden Streitfragen für die Wähler offensichtlich zusammenhängen etc.

Falls wir beliebige Bewegungen vorfinden, dann kann die Wählerschaft insgesamt jedenfalls nicht mit Hilfe der beiden Streitfragen strukturiert werden: was immer eine Rolle spielen mag, die offiziellen Parteipositionen sind es nicht.

Die Beschreibung von Wählerbewegungen erlaubt es uns, in diesem Sinne Schlüsse auf die Bedeutung von Wahlentscheidungen zu ziehen, auf die Art und Weise, in der die Wirtschaftskrise politisch umgesetzt wurde. Die Veränderung von Wählerströmen im Zeitablauf oder durch das Aufkommen einer neuen Partei – hier der NSDAP – sagt etwas über die Stabilität oder Veränderung der Kriterien der Wahlentscheidung. Es ist möglich, zu identifizieren, welche der Dimensionen des positionalen Systems mit dem Erfolg oder Mißerfolg des neuen Bewerbers verknüpft sind. In diesem und nur diesem Sinne beanspruchen wir, auf der Grundlage von Aggregatdaten über die Gründe der Veränderung des Parteiensystems zu sprechen.

2.2. Die objektive" Situation des Wählers

Häufig verwenden Erklärungen des Wählerverhaltens das, was hier als die subjektive Situation bezeichnet wird, nur implizit. Sie stützen sich statt dessen vornehmlich auf objektiv feststellbare Eigenschaften der individuellen Lage als unabhängige Variablen, insbesondere Merkmale der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Bisweilen werden derartige Zugriffe als eher angemessen, weil weniger "rationalistisch", angesehen⁶. Dieser Anspruch ist bestreitbar – zumindest dann, wenn derartige Ansätze individuelles Verhalten zu erklären versuchen, sind sie sicherlich wesentlich "rationalistischer" als solche, die expliziten Bezug zur subjektiven Situation herstellen: Die unmittelbare Verknüpfung zwischen externen Situationseigenschaften und Wahlverhalten läuft ja auf nichts anderes hinaus als auf die unausgesprochene Behauptung, subjektiv wahrgenommene Entscheidungssituationen seien komplett determiniert durch objektiv feststellbare Tatbestände. Es wird, mit anderen Worten, behauptet, daß alle Individuen, deren "objektive" Situationen identisch sind, diese Situationen auch als identisch wahrnehmen und nach identischen Standards bewerten. Nur dann, wenn das der Fall ist, können ja objektive Situationen ohne Umschweife als Determinanten individueller Wahlentscheidungen betrachtet werden.

⁶ Vgl. vor allem Roth (1973).

Sicherlich gilt auf der anderen Seite, daß man eine Beziehung zwischen objektiven Situationen und Wahlverhalten nicht leugnen kann – das heißt aber nicht, daß Überlegungen darüber, wie die Verknüpfung beschaffen sein mag, überflüssig sind. Es ist völlig legitim, Bestimmungsgründe für verändertes Wahlverhalten in veränderten Rahmenbedingungen aufzusuchen, solange man dabei nicht unterschlägt, daß solche Interpretationen eben nicht klären, was auf der individuellen Ebene geschehen ist, sondern nur voraussetzen, daß irgendetwas geschehen sein muß.

Wie wir sehen werden, bewegen sich einige der Interpretationen der Entwicklung während der Weimarer Zeit ausschließlich auf dieser Ebene, während andere zusätzlich darum bemüht sind, individuelle Perzeptionen und Motive explizit ins Bild zu bringen. Bevor wir uns den verschiedenen Interpretationen zuwenden, soll zunächst noch ein zusammenfassender Überblick darüber gegeben werden, wie mit Hilfe des bisher eingeführten Begriffsapparates Wandlungsprozesse erfaßt werden können.

2.3. Veränderungen des Wählerverhaltens

Veränderungen werden wir in Bezug auf folgende Dimensionen des Wählerverhaltens beschreiben: Zum einen kann Wandel der sozialen Basis des Parteiensystems vorliegen; ferner können Verhaltensänderungen ihren individuellen Grund in positionalen Veränderungen (Entwicklung neuer Klientelenbeziehungen) oder in der Entwicklung neuer Belohnungs/Bestrafungsoptionen haben; schließlich kann der Wandel sich auf die gesamte Wählerschaft erstrecken oder nur auf neue Wähler.

Die erste Dimension wird insbesondere in Untersuchungen betont, die Veränderungen der cleavage-Struktur einer Gesellschaft auf ihre Konsequenzen für das Parteiensystem hin untersuchen.⁷ Bezogen auf das Aufkommen einer neuen Partei kann man die folgenden Fälle unterscheiden:

- Die Cleavage-Struktur ist unverändert, die neue Partei konkurriert innerhalb dieser Struktur um Wählerstimmen; sie bezieht ihre Unterstützung aus dem Wählerpotential einer klar bestimmbar Gruppe von Parteien.

⁷ Für das cleavage-Konzept vgl. Lipset/Rokkan (1967).

- Die soziale Basis älterer Parteien bleibt unverändert, jedoch versteht es die neue Partei, jenseits der vorgefundenen cleavage-Struktur um Stimmen zu werben; sie zapft die soziale Basis aller anderen Parteien an.
- Eine neue Cleavage-Struktur entsteht; die neue Partei nimmt in dieser neuen Struktur ihren wohlabgegrenzten Raum ein.
- Alle bisherigen Grenzen lösen sich auf; die neue Partei kämpft wie alle anderen Parteien um die Stimmen einer amorphen Wählerschaft.

Man kann diese Fälle wie folgt kommentieren: Im ersten Fall findet ein grundlegender Wandel nicht statt; im zweiten Fall ist es die neue Partei selbst, die die politische Landschaft verändert; während im dritten und vierten Fall der Erfolg der neuen Partei eher Folge als Ursache des Wandels ist.

Bis zu diesem Punkt ist allein die erste oben angesprochene Dimension des Wandels angesprochen worden, Gegenstand der Betrachtung ist also nur das Material, das man in Interpretationen aufgrund objektiver Situationen verwenden würde. Will man darüber hinaus subjektive Situationen – soweit das auf der Basis von Aggregatdaten überhaupt angestrebt werden kann – mit ins Bild bringen, dann werden auch die beiden anderen genannten Dimensionen interessant.

Zunächst zum zweiten Gesichtspunkt:

Es macht sicherlich einen Unterschied, ob man die Gewinne einer neuen Partei als die Entwicklung neuer Stabilitäten, neuer fester Bindungen, interpretieren muß oder ob sie eher zusätzliche Instabilität durch erweiterte Belohnungs-Bestrafungs-Möglichkeiten anzeigen. Da der Gegenstand der vorliegenden Überlegungen das Wachstum der NSDAP ist, werden wir die beiden Fälle mit besonderen Etiketten versehen: Im Hinblick auf die NSDAP soll der erste Fall als “Radikalisierung”, der zweite als “Protest” gekennzeichnet werden. Nennt man eine Partei radikal, wenn ihre Position mit bestehenden politischen Institutionen nicht vereinbar ist, dann zählt die NSDAP sicherlich zu den radikalen Parteien des Weimarer Parteienspektrums.

Diejenigen NS-Wähler, für die die Opposition zu den bestehenden Institutionen eine Prinzipienfrage war oder zu einer solchen wurde, nennen wir radikale NS-Wähler; NS-Wähler, für die die bestehenden Institutionen

keine Prinzipienangelegenheit darstellten, nennen wir Protestwähler der NSDAP. "Radikalisierung" heißt dann, die NSDAP wegen ihrer offiziellen Position zu wählen, "Protest" dagegen bedeutet, die NSDAP unter Umständen sogar trotz ihrer Ideologie zu wählen. Auf der Aggregatebene sollte sich Radikalisierung in stark einseitigen Bewegungen zur NSDAP hin niederschlagen, während Protest in Form von Fluktuationen zwischen der NSDAP und anderen Parteien sichtbar werden sollte, deren Intensität von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zuordnung der Regierungsverantwortung zu diesen Parteien abzuhängen hätte.

Schließlich noch eine Erläuterung zur dritten genannten Dimension des Wandels:

Diese Dimension berührt den Zeitaspekt von Veränderungen. Wenn der Wandel nur die soziale Basis einer Partei berührt, nicht jedoch ihre bisherigen Wähler, wenn also bisherige Nichtwähler oder Neuwähler aus diesem gesellschaftlichen Segment das Hauptpotential der neuen Partei bilden, dann können wir von "Mobilisierung" (im Falle bisheriger Nichtwähler) oder "Erosion" (im Falle der Neuwähler) sprechen. Berührt der Wandel dagegen auch die bisherigen Wähler der Partei, dann können wir, bezogen auf die jeweils betrachtete Partei, von "Auflösung" ihrer Wählerbasis sprechen. Auflösung und Mobilisierung stellen unmittelbaren Wandel dar, während Erosion einen über die Zeit hinweg ablaufenden Prozess signalisiert. In diesem Falle sind also bereits viel geringere absolute Zahlen ernstzunehmende Indikatoren des Wandels als im Falle von Mobilisierung oder Auflösung. Obwohl also die Unterscheidung zwischen Mobilisierung und Erosion theoretisch fruchtbar ist, werden wir – aufgrund der verfügbaren Daten – die Weimarer Entwicklung nur im Hinblick auf "Auflösung" und auf einen kombinierten Fall "Mobilisierung/Erosion" untersuchen können.

Die drei genannten Dimension sind voneinander logisch unabhängig: Jeder Wandel in der sozialen Basis des Parteiensystems kann entweder Radikalisierung oder Protest sein, jede dieser Veränderungen kann Auflösung, Mobilisierung oder Erosion sein. Darüber hinaus ist es eine nur empirisch zu beantwortende Frage, ob die Gesellschaft hinsichtlich des Wandels als homogen angesehen werden kann oder ob unterschiedliche gesellschaftliche Sektoren unterschiedliche Formen des Wandels durchmachen. Die Gesamtveränderung kann sehr wohl ein Bündel sein, zusammengesetzt etwa aus "Auflösung plus Radikalisierung" bezüglich einer sozialen Gruppe und "Mobilisierung plus Protest" bezüglich einer anderen Gruppe.

Wir wollen nun die wichtigsten Interpretationen der Entwicklung des Weimarer Parteiensystems mit Hilfe des bisher eingeführten Begriffsapparates darstellen und diskutieren.

3. Die Weimarer Entwicklung: führende Interpretationen

3.1. Überblick

Folgende Behauptungen über die Gründe des Erfolges der NSDAP werden untersucht:

- (a) Nach der These von Autoren wie Arendt, Bendix und Kornhauser⁸ war die NSDAP eine Massenbewegung, deren Aufstieg durch die Auflösung zuvor bestehender gesellschaftlicher Lager ermöglicht wurde. Wir werden zwei Varianten dieser "Massengesellschafts-Hypothese" unterscheiden: eine "Auflösungs"-Variante und eine "Mobilisierungs/Erosions"-Variante.
- (b) Die Interpretation von Meckstroth⁹ läßt sich als "Realignment-Hypothese" bezeichnen: Die Wirtschaftslage, von Meckstroth durchaus in unserem Sinne als Valenz-Issue aufgefaßt, führte aus einer Situation leidlicher Stabilität des Parteiensystems über eine instabile Phase zu neuer Stabilität mit veränderter Konstellation.
- (c) In der Sicht von Burnham, Shively, Geiger und Lipset¹⁰ war die NSDAP eine Partei mit eindeutiger Klassenbasis in der protestantischen Mittelklasse. Wir werden drei Varianten dieser "Mittelklassenhypothese" unterscheiden: "Mittelklassenprotest", "ideologische Radikalisierung der Mittelklasse" und "Mittelklassenformation".
- (d) Zusätzlich werden wir eine eigene Interpretation einführen, die unter der Kurzbezeichnung "Schichtdifferenzhypothese" diskutiert werden soll.

Unter Verwendung der im zweiten Abschnitt eingeführten Begriffe können

⁸ Vgl. Arendt (1951), Bendix (1952), Kornhauser (1959).

⁹ Vgl. Meckstroth (1971).

¹⁰ Vgl. Burnham (1972), Shively (1972), Geiger (1930), Lipset (1960).

die unterschiedlichen Hypothesen wie folgt charakterisiert werden:

(a) Massengesellschafts-Hypothesen:

Die Wirtschaftskrise brachte lediglich an die Oberfläche, was sich schon länger vollzogen hatte. Die Sozialstruktur, die einmal die subjektiven Situationen im Hinblick auf die Politik formiert hatte, leistete dies nicht länger; eine Massengesellschaft mit wachsender politischer Orientierungslosigkeit und entsprechender Labilität war entstanden; es war die Zeit der "Bewegungen" anstelle herkömmlicher Parteien. Bisweilen legen die Anhänger einer solchen Interpretation die Betonung auf das Phänomen allgemeiner Orientierungslosigkeit¹¹, bisweilen wird eher die "Politisierung der Unpolitischen" hervorgehoben¹². Die erste Version wird im folgenden als "Auflösungs"-Variante diskutiert werden, die zweite als "Mobilisierungs/Erosions"-Variante¹³.

(b) Realignment-Hypothese:

Meckstroth bestimmt Realignment im wesentlichen über dauerhaft wirksame Veränderungen des Wählerverhaltens. In seiner Sicht haben die kritischen Wahlen zwischen 1928 und 1932 stattgefunden. Was ihn interessiert, ist weniger die Tatsache selbst als ihre Gründe. Hier bevorzugt er ein "valence issue model": Der Wandel wurde nicht durch positionale Umorientierungen bewirkt, sondern durch eine alles beherrschende Valenzfrage, die Wirtschaftskrise. Was als "normale" Belohnungs/Bestrafungs-Reaktion begann, führte erst mit der Dauer der Krise zu neuen Gewohnheiten – wenn es also eine positionale Neuorientierung gab, war sie nicht Ursache, sondern Konsequenz.

(c) Mittelklassen-Hypothesen:

Diese Hypothesen teilen die Überzeugung, daß die NS-Stimmen hauptsächlich von der protestantischen Mittelschicht kamen. Nach Burnham fehlte es dieser Gruppe an stabilen Parteiorientierungen, wie sie für die Katholiken und die Arbeiterklasse vorhanden waren. Die Wirtschaftskrise half der NSDAP, sich als "die" Mittelklassenpartei zu

¹¹ So etwa Kornhauser (1959), Teile I und II.

¹² So Bendix (1952), bes. p. 371; auch Kornhauser (1959), Teil III.

¹³ Für eine allgemeinere Diskussion und Kritik vgl. Hagtvet (1980) und Falter (1981).

etablieren und insofern eine Rolle zu erringen, wie sie dem Zentrum für den katholischen Bevölkerungsteil und SPD bzw. KPD für die Arbeiterklasse schon zuvor zukam. Lipset beurteilt das Ergebnis ebenso, vermutet jedoch einen etwas anderen Wirkungszusammenhang: Für ihn handelt es sich nicht wie für Burnham um die Ausfüllung eines Vakuums, sondern um die Zuspitzung einer schon vorhandenen Mittelschichtenideologie, also Radikalisierung im strikten Sinne. In unserer Terminologie handelt es sich in beiden Fällen um "Radikalisierung"; um den Unterschied nicht zu unterschlagen, werden wir den ersten Fall als "Mittelklassenformierung", den zweiten als "ideologische Radikalisierung der Mittelklasse" bezeichnen.

Shively und Geiger hingegen interpretieren den Erfolg der NSDAP als eine letztlich instabile Angelegenheit: Zwar machte die Wirtschaftskrise die NSDAP insbesondere für die wenig gebundenen Mittelklassenwähler interessant, jedoch wären sie in besseren Zeiten sicherlich wieder zu ihren früher bevorzugten Parteien zurückgekehrt. Diese Interpretation werden wir unter dem Etikett "Mittelklassenprotest" behandeln.

(d) Schichtdifferenzhypothese:

Die letzte zu behandelnde Hypothese bezieht im Unterschied zu allen bisher vorgestellten Deutungen ausdrücklich die Möglichkeit in die Überlegungen mit ein, daß die Wählerströme zur NSDAP Ergebnis sehr unterschiedlicher "subjektiver Situationen" verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gewesen sein könnte. Die Form, in der wir sie zur Diskussion stellen, kann etwas umständlich als "Mittelklassenradikalisierung-plus-Arbeiterprotest" gekennzeichnet werden: Es gab eine stabile Veränderung des Wählerverhaltens in der (protestantischen) Mittelschicht, und es gab zugleich in nennenswertem Umfang Stimmenfluktuation ("Protest") aus der Arbeiterklasse¹⁴.

Wie man sieht, verwenden unterschiedliche Hypothesen die Dimensionen des hier eingeführten Begriffsapparates in unterschiedlichem Maße. Sie konkurrieren daher nicht in jeder Hinsicht miteinander. Dies wird deutlicher, wenn wir nun die verschiedenen Hypothesen in eine explizite und vollständige Präsentation unseres begrifflichen Rahmens einpassen:

¹⁴ Vgl. hierzu Falter (1986b) und Falter/Hänisch (1986).

3.2. Rekonstruktion

Die hier behandelten Dimensionen des Wandels können im Hinblick auf die NSDAP, um die es uns ja geht, wie folgt reformuliert werden:

- (1) Der Bezug der NSDAP zur Sozialstruktur kann sich auf vier verschiedene Weisen darstellen:
 - (a) Die NSDAP läßt sich in der Sozialstruktur nicht verorten; für die anderen Parteien nehmen entsprechende Beziehungen ab.
 - (b) Für alle anderen Parteien bleibt der frühere Bezug erhalten, für die NSDAP existiert er nicht.
 - (c) Bezüge bleiben erhalten und sind für die NSDAP geringer als für andere Parteien, jedoch durchaus identifizierbar.
 - (d) Bezüge bleiben erhalten und sind für die NSDAP ebensogut feststellbar wie für alle anderen Parteien: Die NSDAP kann ohne Schwierigkeiten in die überkommene Cleavage-Struktur eingeordnet werden.
- (2) Die Wählerströme zur NSDAP sind beschränkt auf frühere Nichtwähler bzw. auf Neuwähler oder aber sie umfassen auch frühere Wähler.
- (3) Wählerbewegungen zwischen der NSDAP und anderen Parteien bzw. der Gruppe der Nichtwähler/Neuwähler sind allgemein einseitig (Bewegung nur zur NSDAP), oder sie sind allgemein zweiseitig (auch Rückkehrbewegungen), oder sie sind einseitig für einige und zweiseitig für einige andere Parteien.

Kombiniert führen diese Varianten zu einer $4 \times 2 \times 3$ -Matrix möglicher Zustände. Wenn man zum Zwecke übersichtlicher Darstellung die Alternative "Auflösung" vs. "Mobilisierung/Erosion" in die Zellen der Matrix plaziert, erhält man folgendes Bild:

Figur 2

Soziale Basis	Bewegungsrichtung		
	einseitig	zweiseitig	gemischt
irrelevant für alle	1a. alle Wähler	2a. alle Wähler	3a. alle Wähler
	1b. nur Nichtwähler	2b. nur Nichtwähler	3b. nur Nichtwähler
irrelevant nur für NS	4a. alle Wähler	5a. alle Wähler	6a. alle Wähler
	4b. nur Nichtwähler	5b. nur Nichtwähler	6b. nur Nichtwähler
teilweise relevant für NS	7a. alle Wähler	8a. alle Wähler	9a. alle Wähler
	7b. nur Nichtwähler	8b. nur Nichtwähler	9b. nur Nichtwähler
NS wie alle Parteien	10a. alle Wähler	11a. alle Wähler	12a. alle Wähler
	10b. nur Nichtwähler	11b. nur Nichtwähler	12b. nur Nichtwähler

Der Fall 1a) wäre etwa vereinbar mit der folgenden Hypothese: Das Wachstum der NSDAP war verknüpft mit vollständiger und alle Wähler umfassender Auflösung aller Lager, und es war ein Prozeß der Radikalisierung. Würde dagegen etwa 12b) zutreffen, dann hätte das Wachstum der NSDAP im Rahmen einer unveränderten Cleavage-Struktur stattgefunden; es wäre auf ein bestimmtes Segment dieser Struktur beschränkt geblieben, hätte nur auf der Mobilisierung von Neuwählern bzw. bisherigen Nichtwählern beruht und hätte die vormaligen Wähler nur eines Teils der Parteien dieses Segments dauerhaft gebunden.

Die Hypothesen, mit denen wir es hier zu tun haben, können diesem Schema folgendermaßen zugeordnet werden:

Massenhypothesen: Sämtliche Fälle der ersten zwei Zeilen der Matrix sind vereinbar mit diesen Hypothesen in allgemeiner Fassung. Die Fälle der ersten Zeile wären vereinbar mit einer extremen Fassung, die in der Literatur nicht vertreten wird; es verbleiben die Fälle 4, 5 und 6. Bewegungsrichtungen werden nicht ausdrücklich angesprochen, aber da der nichtprogrammatische Charakter von Bewegungen wiederholt betont wird,

dürfte eher "Protest" als "Radikalisierung" die angemessene Rekonstruktion sein, also Fluktuation zur NSDAP und wieder zurück zu den angestammten Parteien je nach allgemeiner Zufriedenheit. Sowohl die Mobilisierungsversion dieser Hypothese ("Politisierung der Unpolitischen") als auch ihre Auflösungsversion ("allgemeiner Trend zur Massengesellschaft") wären somit am besten in Zelle 5, als Fall 5b) bzw. Fall 5a), einzuordnen.

Realignment-Hypothese: So wie Meckstroth seine Hypothese formuliert, paßt sie nicht allzu gut in unser Schema, obwohl das Schema hier insofern nützlich ist, als es darüber informiert, inwiefern sich diese Hypothese von den anderen Hypothesen unterscheidet. Zunächst einmal definiert Meckstroth Realignment allein in Bezug auf Parteistärken, nicht auf gesellschaftliche Spannungslinien, so daß die Dimension "soziale Basis" für seine Hypothese nicht relevant ist¹⁵. Auch die Dimension "Richtung der Bewegung" ist kaum verwendbar, da für Meckstroth nicht die Richtung, sondern allein die Stärke von Bewegungen zählt (zwischen 1928 und 1932 sollten sich heftigere Fluktuationen feststellen lassen als vor und nach dieser Phase).

Mittelklassenhypothesen: Diese Deutungen passen allein zur vierten Zeile der Matrix. "Mittelklassenprotest" entspricht dem Fall 11 – das Wachstum der NSDAP sollte von fortwährender Wankelmütigkeit der Wähler begleitet sein. Nach Geiger sollte hier eher die Mobilisierungsversion (11b) zutreffen als die Auflösungsversion¹⁶. Sowohl "Mittelklassenformierung" als auch "ideologische Radikalisierung der Mittelklasse" entsprechen dem Fall 10a) der Klassifikation. In Lipsets Terminologie ist Radikalisierung ein besonderer Fall von Formierung, der die liberalen Teile der Mittelschicht heftiger in Mitleidenschaft zieht als die ideologisch gefestigteren konservativen Teile. Demgegenüber unterstellt Burnham keinen ideologischen Aspekt dieses Vorganges¹⁷. In unserer Terminologie, die hier allein auf Bewegungsrichtungen abhebt, sind beides Fälle von "Radikalisierung" (einseitige Bewegung); der Unterfall von ideologisch bestimmter Radikalisierung im Sinne Lipsets sollte sich in stärkeren Bewegungen von DVP, DDP und Wirtschaftspartei zur NSDAP

¹⁵ Allenfalls könnte man die vierte Zeile ausschließen, da Meckstroth einmal anmerkt, daß die Wählerbewegungen nach 1928 traditionelle Grenzen überschritten. Vgl. Meckstroth (1971), p. 192.

¹⁶ Vgl. Geiger (1930), p. 18.

¹⁷ Vgl. Burnham (1972).

als von der DNVP niederschlagen, während der Unterfall von Formation im Sinne Burnhams keine derartigen Abstufungen aufweisen sollte.

Schichtdifferenzhypothese: Die besondere Ausprägung der hier denkbaren Interpretationen, die wir genauer betrachten wollen, gehört in Zelle 9a) der Klassifikation: Die Cleavage-Struktur der Gesellschaft ist partiell relevant für die NSDAP insofern diese Partei ihre Unterstützung vornehmlich, aber nicht ausschließlich, von der protestantischen Mittelklasse bezieht; es gibt auch einen nennenswerten Zustrom von Arbeiterstimmen. Stimmen, die den traditionellen Parteien der Mittelklasse verloren gehen, bleiben bei der NSDAP (in dieser Hinsicht wird also die Gültigkeit einer Mittelklassenradikalisierungshypothese angenommen, sei es als bloße Formierungshypothese oder unter zusätzlicher Berücksichtigung ideologischer Aspekte); Stimmen, die von SPD und KPD abgezogen werden, bleiben dauerhafter Fluktuation unterworfen, je nach Wirtschaftsentwicklung. Zugespitzt: Die protestantische Mittelklasse wählte die NSDAP um ihrer Ziele willen, Arbeiter wählten NSDAP trotz dieser Ziele.

3.3. Bemerkungen zur Operationalisierung

Um imstande zu sein, die erwähnten Hypothesen zu bestätigen oder zu widerlegen, benötigen wir zwei unterschiedliche Sorten von Daten: Auf der einen Seite sind Informationen über die soziale Basis des Parteiensystems und ihre Veränderungen im Zeitablauf notwendig; zum anderen sind Daten über Wählerströme zwischen Parteien gesucht.

1. Zur sozialen Basis und insbesondere der Stellung der NSDAP:

Hier ist für jede Wahl eine Kreuztabelle von Parteien vs. sozialen Segmenten zu bilden. Der Eintrag in Zelle (i,j) dieser Darstellungen gibt den Prozentsatz der Wähler aus Segment i an, die in der betrachteten Wahl die Partei j gewählt haben. Um die folgenden Unterscheidungen verständlicher zu machen, wollen wir mit einem Zahlenbeispiel arbeiten. Die Situation in der ersten Wahl soll folgendermaßen aussehen:

Figur 3: Erste Wahl

		Partei			
		1	2	3	NS
Soziales Segment	1	80	20	0	0
	2	20	80	0	0
	3	0	10	80	10

Falls im Zeitablauf die Cleavage-Struktur sich vollständig auflöst, muß die Varianz der Spalteneinträge von Wahl zu Wahl geringer werden, bis schließlich alle Einträge einer Spalte identisch sind. In der letzten Wahl sollte sich ein Bild wie in Fig. 3a ergeben:

Figur 3a: "Völlige Auflösung"

		Partei			
		1	2	3	NS
Soziales Segment	1	15	20	25	40
	2	15	20	25	40
	3	15	20	25	40

Falls die Cleavage-Struktur lediglich irrelevant für die NSDAP war, jedoch für alle anderen Parteien stabil geblieben ist, dann sollte die Varianz in jeder Spalte außer der der NSDAP unverändert sein. Das Bild sollte etwa aussehen wie in Fig. 3b:

Figur 3b: "Partielle Auflösung"

		Partei			
		1	2	3	NS
Soziales Segment	1	50	10	0	40
	2	10	50	0	40
	3	0	10	50	40

Partielle Relevanz einer ansonsten stabilen Cleavage-Struktur auch für die NSDAP sollte auch für die Spalte der NSDAP Varianz zeigen, jedoch weniger als für die anderen Parteien, wie Fig. 3c illustriert:

Figur 3c: "Partielle Relevanz"

		Partei			
		1	2	3	NS
Soziales Segment	1	70	10	0	20
	2	10	60	0	30
	3	0	0	50	50

Falls schließlich die NSDAP ebensogut wie jede andere Partei in der Cleavage-Struktur verortet werden kann, sollte die ihr zugeordnete Spalte ebenfalls ausgeprägte Varianz zeigen:

Figur 3d: "Eindeutige Einordnung"

		Partei			
		1	2	3	NS
Soziales Segment	1	80	20	0	0
	2	15	80	0	5
	3	0	0	30	70

2. Wählerbewegungen zwischen Parteien:

Für jedes Paar aufeinanderfolgender Wahlen benötigen wir eine Kreuztabelle für Parteien zum Zeitpunkt t_1 vs. Parteien zum Zeitpunkt t_2 . Die Rohdaten bestehen aus Tabellen, deren Zelle (i,j) die Anzahl der Wähler angibt, die in t_1 die Partei i und in t_2 die Partei j gewählt haben. Prozentuiert man auf der Basis der Gesamtwählerschaft, so enthält die Zelle (i,j) dieselbe Information wie die Rohdaten – sie informiert über die "Stärke" der Bewegung zwischen den Parteien. Bildet man dagegen Zeilenprozent, so informiert der Eintrag von (i,j) über die "Disposition" der Wähler von i zu t_1 , ihre Stimme in der nächsten Wahl auf j zu übertragen. Die beiden Darstellungsweisen enthüllen sehr unterschiedliche Eigenschaften von Wählerströmen. Dies soll mit Hilfe eines einfachen Zahlenbeispiels verdeutlicht werden: Es gebe drei Parteien 1, 2 und 3 mit jeweils 50, 40 und 10 der Stimmen in t_1 bzw. 51, 33 und 16 Prozent der Stimmen in t_2 . Die Matrix der Bewegungsstärken habe folgendes Aussehen:

Fig. 4a: Stärke der Bewegung

		t_2			sum t_1
		1	2	3	
t_1	1	40	5	5	50
	2	8	28	4	40
	3	3	0	7	10
sum t_2		51	33	16	100

In diesem Falle sieht die Matrix für die "Dispositionen" folgendermaßen aus:

Fig. 4b: Dispositionen

		t_2		
		1	2	3
t_1	1	80	10	10
	2	20	70	10
	3	30	0	70

Das erste Beispiel für den Unterschied hinsichtlich der jeweils herausgestellten Information bietet die etwa von den Mobilisierungs/Erosions-Versionen unserer Hypothesen aufgestellte Behauptung, die NSDAP sei "die Partei der Unpolitischen" gewesen. Dies kann bedeuten, daß man die Disposition der Unpolitischen, die NSDAP zu wählen, für größer hält als die entsprechende Disposition anderer Wählergruppen. Es kann aber auch bedeuten, daß man die Anzahl der früheren Nichtwähler (also der "Unpolitischen"), die zur NSDAP geströmt sind, für größer hält als die entsprechende Anzahl der früheren Wähler anderer Parteien. In unserem Zahlenbeispiel sei die NSDAP die Partei Nr.1, die Nichtwähler seien die "Partei" Nr. 3. In diesem Falle ist die erste Interpretation der Hypothese mit den Daten vereinbar (da, nach Tabelle 4b, $(3,1)=30\%$ größer ist als $(2,1)=20\%$), nicht jedoch die zweite (da, nach Tabelle 4a, $(3,1)=3\%$ kleiner ist als $(2,1)=8$).

Ein zweites Beispiel bezieht sich auf die Frage, ob man eine Bewegung als einseitig oder als zweiseitig ansehen soll. In unserem Beispiel ist die Disposition $(3,1)=30\%$ deutlich größer als die Disposition $(1,3)=10\%$. Dies macht den Eindruck einer einseitigen Bewegung in der Richtung von 3 nach 1. Betrachtet man allerdings die Bewegungstärken, so zeigt sich, daß

(3,1) nur 3% der Stimmen enthält, (1,3) dagegen 5% – es gibt also einen Netto-Abfluß von 1 zu 3.

Unsere Operationalisierungen müssen also präzise angeben, was jeweils unter Wählerbewegungen zwischen Parteien verstanden werden soll. Da die hier diskutierten Hypothesen darauf zielen, die Entwicklung der NSDAP von ihren Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik zu deuten, ist es notwendig, hierbei die Stärke von Bewegungen und die Dispositionen von Wählergruppen nicht lediglich für einzelne Paare von Wahlen, sondern für die gesamte Abfolge zu berücksichtigen. Folgende Operationalisierungen werden verwendet:

1. Mobilisierung/Erosion vs. Auflösung wird folgendermaßen abgestuft:

“Extreme Mobilisierung”: Frühere Nichtwähler waren die Mehrheit der NS-Wähler in den meisten Wahlen.

“Gemäßigte Mobilisierung”: Frühere Nichtwähler waren die größte einzelne Gruppe von NS-Wählern; ihre Disposition, NSDAP zu wählen, war größer als diese Disposition aller anderen Gruppen in den meisten Wahlen.

“Schwache Mobilisierung”: Frühere Nichtwähler hatten entweder die höchste Disposition, NS zu wählen, oder sie waren die größte einzelne Gruppe von NS-Wählern, aber nicht beides.

“Auflösung”: Frühere Nichtwähler waren weder die größte noch die am stärksten disponierte Gruppe von NS-Wählern.

2. Radikalisierung vs. Protest wird als multidimensionales Konzept operationalisiert. Nur die beiden polaren Fälle sollen hier explizit beschrieben werden, dazwischen liegende Abstufungen werden, wo nötig, im Detail weiter unten diskutiert. Die Extreme sind wie folgt zu charakterisieren:

“Radikalisierung”: Die bisherigen oder früheren Wähler einer Partei i machen einen Radikalisierungsprozeß im Hinblick auf die NSDAP durch, wenn

- die Partei i von Wahl zu Wahl schrumpft;
- die Loyalität ihrer Wähler, gemessen durch die Disposition (i,i), gering ist und sinkt;

- die Disposition (i,NS) wächst und einen hohen Rang erreicht im Vergleich zu anderen Dispositionen;
- diese Zunahme nicht ausgeglichen wird durch eine entsprechende Abnahme der Disposition, zu anderen radikalen Parteien (KPD, DNVP) zu wechseln, es sei denn i ist selbst als radikale Partei klassifiziert;
- die Disposition (i,NS) höher ist als die Disposition (NS,i), außer für eine letzte Phase, in der die Stimmen für i nur noch von einer Handvoll Getreuer und von denen kommen, die zwischen i und NS unentschieden hin und herschwanken.

“Protest”: Wenn die Wechselwähler zwischen i und NS Protestwähler sind, dann ergibt sich folgendes Bild:

- Der Stimmenanteil von i ist einigermaßen stabil;
- die Loyalität der Wähler von i ist hoch und stabil;
- die Disposition (i,NS) ist nennenswert, aber:
 - die gesamte Disposition, zu radikalen Parteien zu wechseln, also $(i,NS)+(i,KPD)+(i,DNVP)$, wächst nicht;
 - die Disposition (i,NS) ist nicht eindeutig größer als die Disposition (NS,i).

Wenn eine Partei einen stabilen Stimmenanteil hält, einen hohen Anteil loyaler Anhänger hat und die Disposition ihrer Wähler, NS zu wählen, gering ist, dann hat weder Radikalisierung noch Protest stattgefunden – die Wählerschaft dieser Partei ist gegen die NSDAP immun.

Angesichts dieser Operationalisierungen liegt das nun zu lösende Problem auf der Hand: Haben wir Daten oder können wir Daten erzeugen, die solche Operationalisierungen verwendbar machen?

4. Datenbasis und statistische Techniken

4.1. Zu den verwendeten Datensätzen:

Unsere empirische Analyse basiert auf zwei Datensätzen, die wir während der letzten 4 Jahre mit der finanziellen Hilfe der Volkswagenstiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft erstellt haben. Unser erster Datensatz baute ursprünglich auf dem besser bekannten ICPSR Weimar Election File auf. Da dieser häufig benutzte Datensatz buchstäblich tausende von kleineren und größeren Ungenauigkeiten, aber auch einige recht gravierende Faktenfehler enthält, sahen wir uns gezwungen, unseren eigenen Kreisdatensatz völlig neu zu rekonstruieren. Er umfaßt jetzt zwischen 600 und 700 Variablen, von denen etwa 200 bis 300 Informationen über alle Weimarer Reichstags- und Präsidentschaftswahlen und die beiden Volksabstimmungen enthalten; der Rest der Variablen setzt sich aus sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Indikatoren der rund 1200 Stadt- und Landkreise der Weimarer Republik zusammen.

Der zweite Datensatz enthält zwar weniger Variablen, dafür aber eine erheblich größere Zahl von Fällen. Er bezieht sich auf die 4000 bis 5000 Gemeinden des Deutschen Reiches mit mehr als 2000 Einwohnern. Insgesamt umfaßt er rund 200 Variablen, von denen die meisten Informationen über die Reichstagswahlen zwischen 1920 und 1933 mit der bedauerlichen Ausnahme der beiden Reichstagswahlen von 1932 darstellen, sowie einige wichtigere soziale, wirtschaftliche und soziokulturelle Indikatoren¹⁸

Beide Datensätze können, ebenso wie der ursprüngliche ICPSR-Datensatz, nur für analytische Zwecke verwendet werden, wenn man die Grenzkorrekturen, die aufgrund von Verwaltungsreformen vorgenommen worden sind, berücksichtigt. Da diese Grenzveränderungen zwischen den Stadt- und Landkreisen nicht einem Zufallsmuster folgten, sondern vor allem den stärker urbanisierten und ökonomisch aktiven Gebieten des Reiches stattfanden, können ernsthafte Verzerrungen der Ergebnisse erfolgen, wenn man nicht ihren Effekt neutralisiert, indem man Kreis- oder Gemeindeeinheiten konstruiert, die über die Zeit stabil sind. Diese Einschränkung wird oft übersehen oder in relativ großzügiger Weise in der vorliegenden empirischen Literatur über die Wählerschaft der NSDAP

¹⁸ Dieser Datensatz wird vom Zentrum für historische Sozialforschung im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln, Bachemer Straße 40, 5000 Köln 41 vertrieben.

übergangen. Die Fallzahl unseres Kreisdatensatzes schrumpft auf diese Weise von etwa 1200 auf 865 bzw. 831, je nach konstant gehaltenem Zeitraum. Ohne solche Anpassungen ist es nicht ratsam, Volkszählungs- und Wahldaten aus unterschiedlichen Jahren miteinander zu kombinieren.

Noch gravierender sind die durch Gebietsreformen verursachten Probleme innerhalb des Gemeindedatensatzes, falls man nicht, wie wir das für die Zwecke dieses Aufsatzes getan haben, die Gebietsstandsberreinigung auf Wahlpaare beschränkt. Die Fallzahl würde andernfalls, wenn man die Gebietsstandsberreinigung für die gesamte Weimarer Republik durchführte, im Gemeindedatensatz rund 60% betragen.

4.2. Analysetechniken

Die verschiedenen im ersten Teil unseres Beitrags spezifizierten Hypothesen setzen, wie bereits erwähnt, Beziehungen auf der Individualebene voraus. Informationen hierüber sind jedoch für die Weimarer Zeit nicht verfügbar. Die einzigen empirischen Daten, auf die zurückgegriffen werden kann, sind Aggregatdaten, d.h. wir sind gezwungen, auf der Grundlage von Wähleranteilen oder Anteilen von Sozialindikatoren zu arbeiten, die sich auf die Kreis- oder Gemeindeebene beziehen. Wir werden dadurch beispielsweise in die Lage versetzt, zu zeigen, daß die NSDAP in protestantischen Gebieten zwischen 1930 und 1933 weitaus größere Wahlerfolge erzielen konnte als in katholischen Kreisen, ferner, daß es eine negative Korrelation zwischen Arbeitslosenanteil und NSDAP-Anteil gibt oder daß es eine relativ starke Beziehung zwischen den Verlusten der Mittelklasseparteien und den nationalsozialistischen Stimmengewinnen gibt. Was wir jedoch rekonstruieren möchten, um die weiter oben spezifizierten Hypothesen überprüfen zu können, ist beispielsweise der Prozentsatz der Katholiken und Nichtkatholiken, die 1930 für die NSDAP gestimmt haben, oder der Anteil der erwerbslosen Arbeiter, die zwischen 1928 und 1933 NSDAP wählten¹⁹.

Die gebräuchlichste, wenn auch nach wie vor selten eingesetzte statistische Technik, mit der versucht wird, Beziehungen der Individualebene aus Aggregatdaten abzuleiten, ist die sog. ökologische Regressionsanalyse, wie sie von dem deutschen Statistiker F. Bernstein schon 1932 entwickelt und

¹⁹ Vgl. Falter (1981)

in leicht modifizierter Form von Leo Goodman 1953 nacherfunden worden ist²⁰.

Soweit wir uns mit unseren Aussagen auf der Individualebene bewegen, stützt sich unsere empirische Analyse auf diese statistische Technik. Eine Ausnahme stellt, wie oben erwähnt, die Unterscheidung zwischen Neuwählern und bisherigen Nichtwählern, die bereits bei der letzten Wahl wahlberechtigt waren, dar. Es liegen praktisch keine getrennten Auszählungen von Neuwählern vor, über die wir heute verfügen. Fruchtbare Aggregatdatenanalyse jedoch kann nur mit Merkmalen durchgeführt werden, die zumindest eine gewisse Streuung zwischen den Erhebungseinheiten aufweisen. Für unsere Zwecke ist es außerordentlich bedauerlich, daß hinsichtlich des Altersfaktors weder tendenziell homogene noch auch nur in ausreichendem Ausmaße variierende Kreise oder Gemeinden existieren: Die Verteilung der Altersgruppen innerhalb der 1200 Stadt- und Landkreise des Reiches ist mehr oder minder ähnlich. Deshalb beschränkt sich unsere empirische Analyse der Anfälligkeit von früheren Nichtwählern gegenüber der NSDAP oder anderen Parteien auf jene Wähler, die bereits bei den vorangegangenen Wahlen wahlberechtigt waren und sich dort enthielten. Die Jungwähler müssen wir leider außer Betracht lassen.

Allerdings basiert die ökologische Regressionsanalyse auch da, wo sie überhaupt angewendet werden kann, auf einigen ziemlich "starken" statistischen Annahmen, die von den Daten erfüllt sein müssen, damit der Schluß von der Aggregat- auf die Individualebene überhaupt zulässig ist. Einige dieser Annahmen, die wir als die Standardannahmen der Regressionsanalyse ansehen können wie z.B. Linearität, können mit den Mitteln der Aggregatdatenanalyse überprüft werden. Andere, vor allem jene, die, falls sie erfüllt sind, den Schluß von der Aggregat- zur Individualebene zulassen, können bedauerlicherweise nicht oder nur unter sehr speziellen Umständen mit Hilfe von Aggregatdaten überprüft werden. Die bedeutendste dieser speziellen Annahmen der ökologischen Regressionsanalyse ist, daß die Steigung der Regressionsgeraden zweier beliebiger Variablen die gleiche ist unabhängig davon, ob es sich um Individuen oder um Aggregateinheiten handelt, mit anderen Worten: Es darf kein systematischer kontextueller Effekt auftreten. Lediglich Zufallsschwankungen um die Regressionsgerade sind akzeptabel. So sollten z.B. Katholiken in der Diaspora dieselbe Tendenz, für das Zentrum zu stimmen, aufweisen wie Katholiken in konfessionell gemischten oder

²⁰ Vgl. Lohmöller/Falter (1986).

überwiegend katholischen Kontexten. In diesem speziellen Fall ist es allerdings möglich, die Non-Kontextualitätsannahme dadurch zu testen, daß man den Anteil der Katholiken, die für die Zentrumspartei gestimmt haben, in unterschiedlichen konfessionellen Kontexten errechnet. Wenn dieser Anteil in allen Kontexten etwa gleich ist, kann man davon ausgehen, daß die Annahme erfüllt ist.

Aus der vorliegenden empirischen Evidenz wissen wir, daß diese ziemlich starke Annahme der Non-Kontextualität in vielen Fällen unrealistisch ist. Daher erscheint es vernünftig, unsere Regressionsgleichung auf potentiell störende Faktoren hin wie die Konfession oder die Urbanisierung zu kontrollieren. Wir können so zumindest teilweise unliebsame Nichtlinearitäten neutralisieren. Unsere Ergebnisse, die wir im folgenden berichten, beruhen auf einer derartigen Ausweitung der klassischen, von Goodman entwickelten ökologischen Regressionsanalyse (für Einzelheiten siehe Anhang). Ferner gewichten wir jede Kreiseinheit mit ihrer Einwohnerzahl oder der Zahl der Wahlberechtigten, um die stark streuende Einwohner- bzw. Wahlberechtigtenzahl der Kreise zu neutralisieren. Schließlich wenden wir eine gewissermaßen kosmetische Operation an, um negative Schätzwerte, die auftreten können, zu beseitigen, da es in der Realität natürlich keine negativen Prozentwerte gibt. Dies erfolgt durch das Verfahren des sog. proportional fitting²¹.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß es keine Garantie dafür gibt, alle möglichen Verzerrungen, die aus der Nichterfüllung bestimmter Annahmen der ökologischen Regressionsanalyse herrühren, eliminieren zu können. Wir sind jedoch der Meinung, daß der von uns gewählte statistische Ansatz insofern rational ist, als er auf einem expliziten statistischen Modell und nicht nur auf intuitiver Einsicht oder, kaum besser, auf einer geradlinigen Übertragung einfacher bivariater Korrelationen von der Gebiets- auf die Individualebene beruht, wie dies so oft in der historischen Wahlforschung über die Wähler des Nationalsozialismus erfolgt. Für diejenigen Leser, die sich mit der Methode der ökologischen Regression nicht anfreunden können, haben wir an anderer Stelle einige ökologische Korrelationen und standardisierte Regressionskoeffizienten wiedergegeben²².

²¹ Zur ökologischen Regressionsanalyse nach Goodman vgl. Anhang sowie die Ausführungen bei Lohmöller/Falter 1986.

²² Vgl. Falter/Hänisch (1986), Falter (1986), Falter (1986a), sowie Falter (1986b).

5. Ergebnisse

5.1. Zur sozialen Basis der NSDAP

Es ist sinnvoll, die Diskussion der Realignenthypothese aufzuschieben, da Meckstroth Realignent hauptsächlich im Bezug auf die Parteistärke und die Fluktuation zwischen Parteien und nicht in Bezug auf soziale Spannungslinien (cleavages) definiert. Was die anderen Hypothesen angeht finden wir folgende Evidenz (s. Tabelle 1.1, 1.2 und 1.3): In ihrer "Auflösungsversion" geht die Massenhypothese zumindest von einer Verringerung der internen sozialen Streubreite der NSDAP zwischen 1928 und 1933 aus ("soziale Spannungslinien sind für alle Parteien irrelevant" oder "soziale Spannungslinien sind nur für die NSDAP ohne Bedeutung"). Sowohl auf der Aggregat- als auch auf der (geschätzten) Individualebene, so kann gezeigt werden, wird weder die gemäßigte noch die starke Version der Massenhypothese von unseren Daten getragen. Weder die Wählerschaft der NSDAP noch die der anderen bekannten Parteien wurde im Zeitverlauf sozial weniger ausgeprägt. Während die soziale Basis der anderen Parteien zwischen 1928 und 1933 immerhin in etwa gleich blieb, wurde die NSDAP vergleichsweise weniger "angestellt" und etwas mehr "selbständig" als sie es bis 1930 gewesen war. Dies bedeutet, daß die soziale Struktur in unserer Begrifflichkeit wenigstens "teilweise relevant" für die Wahl der NSDAP war und daß der Trend in die falsche Richtung lief. Dieses letzte Ergebnis weckt überdies Zweifel im Hinblick auf die Mobilisierungsversion der Massenhypothese. Wir werden uns hiermit später beschäftigen, wenn wir einen genaueren Blick auf das Wahlverhalten früherer Nichtwähler werfen.

Tabelle 1.1. Wahlverhalten sozialer Klassen

		KPD	SPD	Z/B	DN	Lib	S.	NS	NW
1920	Selbst.	1.1	7.8	27.8	16.3	19.9	0.0	0.0	27.9
	Angest.	1.7	21.6	7.4	9.0	26.6	5.4	0.0	25.1
	Arbeiter	2.1	20.9	12.2	9.6	11.0	28.3	0.0	15.7
1924a	Selbst.	0.0	6.5	27.0	18.3	11.6	4.6	5.5	26.6
	Angest.	4.7	15.9	8.9	13.7	17.7	5.6	7.0	26.5
	Arbeiter	18.6	21.3	9.4	13.2	7.5	6.4	3.8	19.8
1924b	Selbst.	0.0	4.6	30.9	19.6	13.9	2.8	2.8	25.4
	Angest.	3.1	21.8	8.2	15.2	20.0	2.8	2.8	26.2
	Arbeiter	13.2	29.4	9.9	13.5	8.2	5.6	1.8	18.5
1928	Selbst.	0.0	6.7	17.3	13.3	10.5	14.7	2.4	35.1
	Angest.	5.2	24.0	7.9	9.9	17.0	5.5	2.3	28.2
	Arbeiter	13.9	31.1	10.1	9.1	6.3	10.0	1.5	17.8
1930	Selbst.	0.0	8.0	19.9	6.1	7.1	16.2	18.1	24.6
	Angest.	6.0	23.5	8.9	6.6	12.2	6.0	16.0	20.8
	Arbeiter	19.5	25.7	9.6	5.1	3.7	10.7	12.0	13.8
1932a	Selbst.	0.0	6.6	20.4	5.5	1.9	3.0	41.7	20.9
	Angest.	5.8	24.4	10.0	6.4	2.7	2.5	29.1	19.1
	Arbeiter	22.5	22.2	10.8	3.8	1.3	2.3	24.5	12.6
1932b	Selbst.	0.0	6.5	18.7	7.9	2.4	3.5	35.8	25.1
	Angest.	7.5	21.6	9.1	9.4	3.5	2.7	24.6	21.4
	Arbeiter	24.7	19.9	10.0	4.4	1.4	2.4	20.9	16.2
1933	Selbst.	0.0	5.4	17.9	7.5	1.7	1.8	53.1	12.6
	Angest.	6.2	20.9	9.7	9.4	2.7	1.7	34.5	14.8
	Arbeiter	19.7	20.4	10.9	5.5	1.2	1.1	31.1	10.2
		KPD	SPD	Z/B	DN	Lib	S.	NS	NW

Die übrigen Hypothesen sind mit unseren Daten in sehr viel höherem Maße vereinbar. Da alle drei Versionen der Mittelklassenhypothese davon

ausgehen, daß die NSDAP-Wähler hauptsächlich aus der protestantischen Mittelklasse stammten, macht es Sinn, zuerst die konfessionelle und schichtspezifische Basis der NSDAP zu überprüfen. Die NSDAP-Wahlerfolge sollten unter Nichtkatholiken erheblich stärker sein als unter Katholiken, innerhalb der Mittelklasse sehr viel stärker als unter Arbeitern und wiederum stärker bei protestantischen im Vergleich zu katholischen Mittelklassewählern. Schließlich sollte es zwischen katholischen und nichtkatholischen Arbeitern keine bedeutsamen Unterschiede hinsichtlich der NSDAP-Affinität geben. Diese Erwartungen werden von unseren Daten mehr oder minder erfüllt, mit allerdings zwei bemerkenswerten Ausnahmen: Nichtkatholische Arbeiter zeigten eine deutlich stärkere Affinität zur NSDAP als ihre katholischen Kollegen, und katholische Angestellte und Beamte scheinen für die NSDAP etwas häufiger gestimmt zu haben als nicht katholische Mitglieder der unselbständigen Mittelschichten (s. Tabelle 1.3). Außerdem ist der Unterschied in der Anfälligkeit von Angestellten und Arbeitern gegenüber der NSDAP kleiner als erwartet werden mag. Es ist die selbständige und nicht die unselbständige protestantische Mittelschicht, die eine wirklich starke und bis 1933 sogar überproportional anwachsende Sympathie für die Hitlerbewegung zeigte. Dies bedeutet mit anderen Worten, daß die Mittelklassenhypothesen einige recht unerwartete Anomalien aufweisen, die sie noch nicht einmal implizit oder explizit reflektieren. Um ihre Erklärungskraft zu steigern, erscheint es notwendig, diese Hypothesen zu reformulieren. Sie sollten nicht nur in der Lage sein, die Interaktionen zwischen sozialer Schicht und Konfession zu erfassen – was weder von der Radikalisierungs- noch von der Protesthypothese geschieht –, sondern sie sollten auch in der Lage sein, einige plausible Gründe für die ins Auge stechenden Unterschiede zwischen der NSDAP-Anfälligkeit der Selbständigen und unselbständigen Mittelschichten innerhalb der nicht katholischen Mehrheit der Weimarer Wählerschaft zu liefern.

Tabelle 1.2. Wahlverhalten nach Konfessionen

		KPD	SPD	Z/B	DN	Lib	S.	NS	NW
1920	Kath.	1.4	8.0	48.5	0.5	5.8	10.0	0.0	25.4
	Prot.	1.8	21.1	0.6	17.0	23.1	16.5	0.0	19.8
1924a	Kath.	8.6	4.5	42.5	2.7	3.4	4.7	3.2	30.5
	Prot.	10.2	20.7	1.7	20.8	14.6	6.1	5.9	20.0
1928	Kath.	5.2	7.6	44.9	3.9	4.4	5.8	1.0	27.1
	Prot.	7.6	25.8	2.4	21.5	16.4	3.3	3.0	20.0
1930	Kath.	7.9	7.4	39.2	2.3	3.0	9.8	9.1	21.3
	Prot.	11.6	25.4	0.0	7.4	8.3	12.3	17.6	17.4
1932a	Kath.	10.2	6.4	41.8	2.1	0.7	2.9	16.0	19.9
	Prot.	12.6	23.1	0.1	6.2	2.3	2.4	38.2	15.1
1932b	Kath.	10.7	5.8	38.7	2.3	0.9	2.7	13.7	25.1
	Prot.	14.3	20.9	0.1	8.7	2.8	2.8	32.6	17.8
1933	Kath.	7.6	6.0	39.0	3.0	0.6	1.4	28.2	14.1
	Prot.	12.0	20.4	0.3	8.9	2.2	1.4	43.9	10.9
		KPD	SPD	Z/B	DN	Lib	S.	NS	NW

Die Anomalien der Mittelschichthypothese im Hinblick auf das Wahlverhalten der protestantischen Arbeiter unterstützen die Schichtdifferenzhypothese, die wiederum mit einer nicht zu radikal formulierten Version der Mittelschichthypothese verträglich ist: Es gibt eine klare Evidenz, daß die Hitlerbewegung ihre Stimmen hauptsächlich, aber eben nicht ausschließlich von der protestantischen Mittelklasse bezog und daß es auch eine starke Unterstützung von Wählern aus der Arbeiterklasse gab. Was noch überprüft werden muß, ist, ob sich irgendwelche Unterschiede zwischen dem Charakter der NSDAP-Wähler aus der Mittelklasse und dem Charakter der NSDAP-Wähler aus der Arbeiterschaft finden lassen. Bevor

wir die Frage von ideologischer Radikalisierung, Formierung und Protest aufgreifen, wollen wir jedoch zuerst diskutieren, ob Auflösung oder Mobilisierung der hauptsächliche oder dominierende Aspekt des Prozesses gewesen ist. Dies wäre die einzige Weise, in der die Massenhypothese noch etwas Relevanz erlangen könnte.

5.2. Mobilisierung oder Auflösung?

In unsere Diskussion der Massenhypothese ließen wir die Frage offen, ob diese Hypothesen in ihrer Mobilisierungsversion richtig sein könnten: Falls die Nichtwähler (die Unpolitischen in der Konzeption der Massenhypothese) in einem gesellschaftlichen Segment konzentriert gewesen wären, würde ihre Mobilisierung zu einem Übergewicht dieses Segmentes innerhalb der NSDAP-Wählerschaft dann führen, falls alle früheren Nichtwähler die gleiche starke Disposition zur NSDAP aufwiesen. Wenn wir unsere Daten anschauen, stellen wir fest, daß weder diese Version der Massenhypothese noch die Mobilisierungsversion irgendeiner anderen Hypothese von ihnen getragen zu werden scheint. Wie die Tabellen 1.1., 1.2. und 1.3 belegen, existieren einige Unterschiede zwischen dem Prozentsatz der Nichtwähler innerhalb der verschiedenen sozialen Gruppen, aber weder diese Differenz noch die Entwicklung über die Zeit deuten auf eine überdurchschnittliche Mobilisierung hin. Zusätzlich zeigt die Fluktuation zwischen aufeinanderfolgenden Wahlpaaren recht deutlich, daß im allgemeinen "Auflösung" mehr mit den Fakten übereinzustimmen scheint als "Mobilisierung" (vgl. Tabelle 2). Die Kategorie der Nichtwähler ist keineswegs weniger stabil als andere Wählergruppen, wie ein Blick auf die Hauptdiagonalen belegt. Die Disposition dieser Gruppe, zur NSDAP zu wechseln, ist größer als beispielsweise die Disposition von KPD- oder SPD-Wählern, aber weniger ausgeprägt als die von DDP/DVP- und DNVP-Wählern. Lediglich der Nettozufluß früherer Nichtwähler über die Zeit hinweg zur NSDAP repräsentiert eine bedeutende Zahl (vgl. Tabelle 3.2.b)²³.

²³ Für weitere Einzelheiten vgl. Falter (1986a).

Tabelle 1.3. Kombiniert

		KPD	SPD	Z/B	DN	Lib	S.	NS	NW
1920	Kath.-Selbst.	1.6	9.1	45.9	7.0	11.1	7.9	0.0	17.4
	Kath.-Ang.	2.2	18.5	16.4	11.2	20.6	9.3	0.0	21.5
	Kath.-Arb.	1.9	11.0	24.2	7.6	9.1	15.3	0.0	30.7
	Sons.-Selbst.	1.2	9.9	11.6	19.7	23.0	0.0	0.0	34.5
	Sons.-Ang.	1.5	19.5	8.2	8.8	27.9	6.6	0.0	27.4
	Sons.-Arb.	2.0	25.0	8.3	11.6	14.8	29.7	0.0	8.5
1924a	Kath.-Selbst	2.5	8.1	48.0	4.9	8.3	4.8	4.3	19.2
	Kath.-Ang.	5.8	12.6	10.8	12.6	11.1	5.1	8.8	33.1
	Kath.-Arb.	15.9	8.3	20.9	11.7	6.9	7.0	3.2	26.1
	Sons.-Selbst.	0.0	5.7	11.9	26.6	13.0	4.6	6.1	32.2
	Sons.-Ang.	5.1	16.5	11.2	13.9	20.1	6.2	5.2	21.8
	Sons.-Arb.	18.5	27.2	4.6	13.8	8.3	5.9	4.5	17.2
1924b	Kath.-Selbst.	3.7	8.4	51.2	5.2	8.9	4.1	2.3	16.1
	Kath.-Ang.	5.3	17.3	10.5	15.9	12.3	4.3	3.6	30.7
	Kath.-Arb.	8.7	11.2	25.1	11.7	8.9	5.6	2.1	26.6
	Sons.-Selbst.	0.0	5.0	14.3	27.6	16.2	2.4	2.8	31.8
	Sons.-Ang.	3.3	21.4	12.1	14.1	21.6	2.8	2.2	22.5
	Sons.-Arb.	13.3	36.8	3.8	14.9	9.0	5.1	1.9	15.2
1928	Kath.-Selbst.	5.1	10.5	30.3	6.6	8.7	12.9	2.2	23.8
	Kath.-Ang.	5.9	17.7	11.6	10.9	10.6	8.1	3.0	32.2
	Kath.-Arb.	9.0	16.3	17.8	10.4	8.7	9.7	1.9	26.3
	Sons.-Selbst.	0.0	8.3	6.7	16.7	11.3	13.6	2.4	41.0
	Sons.-Ang.	5.8	24.9	9.1	9.6	17.7	6.5	1.7	24.6
	Sons.-Arb.	13.8	36.1	7.3	8.8	6.3	10.6	1.6	15.4

Tabelle 1.3. (Fortsetzung)

		KPD	SPD	Z/B	DN	Lib	S.	NS	NW
1930	Kath.-Selbst.	5.4	10.2	35.4	4.1	6.4	11.8	9.0	17.5
	Kath.-Ang.	7.0	17.7	12.6	6.1	7.6	9.8	19.2	20.0
	Kath.-Arb.	14.2	12.7	17.0	6.8	6.2	10.7	11.1	21.4
	Sons.-Selbst.	0.0	9.1	6.9	7.5	7.3	17.3	23.4	28.5
	Sons.-Ang.	7.2	24.0	10.1	6.7	12.8	5.8	12.4	21.1
	Sons.-Arb.	19.1	30.7	7.5	4.2	3.3	11.6	13.4	10.7
1932a	Kath.-Selbst.	6.0	10.1	39.0	4.4	2.1	3.1	16.6	18.7
	Kath.-Ang.	7.6	15.7	13.2	5.8	2.4	3.2	31.3	20.8
	Kath.-Arb.	17.8	13.7	21.4	5.7	1.9	3.1	19.3	17.1
	Sons.-Selbst.	0.0	7.1	6.4	6.0	1.7	2.8	54.8	21.2
	Sons.-Ang.	7.0	26.8	11.3	6.4	2.6	2.3	26.1	17.5
	Sons.-Arb.	21.5	25.0	6.8	3.1	1.1	2.0	28.9	11.6
1932b	Kath.-Selbst.	7.5	9.7	34.0	5.7	2.5	3.3	15.2	22.0
	Kath.-Ang.	8.7	14.0	12.5	7.6	2.9	3.3	25.8	25.3
	Kath.-Arb.	17.7	12.9	19.1	6.9	2.3	3.2	17.7	20.2
	Sons.-Selbst.	0.0	7.5	6.5	8.8	2.3	3.2	45.9	25.9
	Sons.-Ang.	9.2	23.5	10.5	9.5	3.3	2.7	22.9	18.4
	Sons.-Arb.	24.0	22.0	6.7	4.0	1.3	2.2	24.1	15.8
1933	Kath.-Selbst.	6.9	10.0	33.1	6.2	2.0	1.8	27.0	13.1
	Kath.-Ang.	8.0	14.1	12.7	8.0	2.2	1.9	38.9	14.2
	Kath.-Arb.	13.2	12.9	21.5	7.5	1.8	1.8	27.6	13.9
	Sons.-Selbst.	0.0	5.9	6.4	8.0	1.5	1.6	64.7	12.0
	Sons.-Ang.	7.3	22.5	11.2	9.5	2.5	1.6	30.8	14.6
	Sons.-Arb.	19.3	22.4	6.5	5.0	1.1	0.9	35.8	9.0

In Verbindung mit den Ergebnissen zur sozialen Basis des Weimarer Parteiensystems führen diese Resultate zu dem Schluß, daß wir die Massenhypothese als unbestätigt, wenn nicht sogar als durch die Fakten

widerlegt ansehen müssen. Für die verbleibenden Hypothesen müssen wir im Gedächtnis behalten, daß einige Mobilisierung zugunsten der NSDAP stattfand, daß es aber keinen Beleg für ausschließliche oder auch nur vorherrschende Mobilisierungseffekte gibt. Zu guter Letzt ist noch der Aspekt der Formierung/Radikalisierung versus Protest zu untersuchen.

5.3. Wählerbewegungen zwischen den Parteien

Die erste Hypothese, mit der wir uns hier beschäftigen müssen, ist die sogenannte Realignmenthypothese, deren Diskussion wir bis jetzt aufgeschoben hatten. Meckstroth zufolge führte das Valenzissue der Wirtschaftskrise zuerst zur Instabilität und dann, durch Gewöhnung, zu neuer Stabilität. Es ist auf diese Weise nicht die Richtung, sondern die Stärke der Bewegung, die zählt. Als Folge sollte die Wählerfluktuation zwischen 1928 und 1932 erheblich größer sein als vor oder nach dieser Neuformierungsperiode. Wählerfluktuation kann man entweder durch die mittlere Abweichung von der Diagonalen unserer Fluktuationstabelle oder durch die mittlere Stabilität der Parteien während jedes Wahlpaares messen. Beide Maße sind natürlich äquivalent. Da wir an der Tendenz zum Wechsel (oder zur Stabilität) interessiert sind, haben wir die arithmetischen Mittelwerte für die Diagonalen unserer sieben Fluktuationstabellen berechnet (vgl. Tabelle 2).

Meckstroth scheint in der Tat Recht zu haben, wenn wir die beiden Wahlpaare zwischen 1928 und Juli 1932 mit den folgenden zwei Wahlpaaren vergleichen. Die mittlere Stabilität der beiden Wahlpaare nach Juli 1932 beträgt 54,5, während die Stabilität für die vorangehenden beiden Wahlpaare im Mittel lediglich bei 46,7 liegen. Wenn wir weiter zurückblicken und die drei Wahlpaare zwischen 1920 und 1928 in unsere Betrachtung miteinbeziehen, ist die Stabilität im Mittel jedoch wiederum erheblich geringer als die der folgenden Neuformierungsperiode mit einem Wert, der leicht unter 40 liegt. Falls wir die Behauptung akzeptieren, daß Wählerfluktuation ein gültiger Indikator von Neuformierung darstellt, dann läßt sich daraus folgern, daß die wahre Neuformierungsperiode viel früher schon begonnen hat, als Meckstroth anzunehmen scheint. Daß dies nicht ganz unplausibel ist, belegt die Tatsache, daß im sozialistischen Lager bereits zwischen 1920 und 1924 so etwas wie eine Neuformierung vor sich ging und daß im bürgerlichen, nicht konfessionell gebundenen Lager zwischen 1919 und 1928 sich eine derartige Neuformierung vollzog, als die einst recht starken liberalen Parteien die Masse ihrer Wählerschaft verloren.

Das Bild wandelt sich leicht, wenn wir lediglich die Stabilität der sogenannten Mittelklasseparteien berücksichtigen, d.h. der DNVP, DDP und DVP, der Sonstigen und der NSDAP sowie, aus völlig pragmatischen Gründen, der Nichtwähler. Dann ist in der Tat die mittlere Stabilität dieses "Lagers" zwischen 1928 und Juli 1932 geringfügig niedriger als die der vorhergehenden Periode (37:37,3) und erheblich niedriger als die der folgenden zwei Wahlpaare (37:44,8). Eine Neuformation könnte auf diese Weise in der Tat stattgefunden haben. Aber dann wäre sie mehr oder minder auf die "politically unchurched" Wähler der Mittelklassepartei beschränkt gewesen. Außerdem scheint sie bereits im Zeitabschnitt zwischen 1920 und 1928 begonnen zu haben. Wenn man sie auf diese Weise umformuliert, ist die Neuformierungshypothese nicht als eine Hypothese über Wählerwandel insgesamt gültig, sondern sie läßt sich dann von der Mittelklassenhypothese und der Schichtdifferenzhypothese nicht mehr unterscheiden, was den Wandlungsprozeß betrifft. Es ist jedoch zu fragen, ohne daß man dies vermutlich niemals beantworten kann, ob die nur neun Monate dauernde Periode zwischen Juli 1932 und März 1933 wirklich lang genug ist, um einen neuen Zustand der Normalität zu beweisen, oder ob das Ende der Wirtschaftskrise nicht zu wieder einer anderen Art von Gleichgewicht geführt hätte, in dem die NSDAP allmählich wieder verschwunden wäre.

Tabelle 2. Wählerbewegungen

Wahl 1924a

Wahl 1920	KPD	SPD	Z/B	Lib	DN	S.	NS	NW	GES.
KPD	19	12	12	11	13	8	7	17	2
SPD	11	42	6	10	12	6	3	9	17
Z/BVP	6	5	50	5	7	4	4	17	11
Lib	6	15	8	30	25	0	8	14	17
DNVP	4	9	8	4	48	9	8	10	12
Sonstige	21	19	6	8	7	13	6	20	20
NSDAP	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nichtwähler	6	2	6	6	1	10	3	58	22
	9	15	11	11	15	10	5	24	100

Tabelle 2. (Fortsetzung)

Wahl 1924b									
Wahl 1924a	KPD	SPD	Z/B	Lib	DN	S.	NS	NW	ges.
KPD	41	19	6	7	6	2	3	17	9
SPD	0	81	4	5	4	3	1	3	15
Z/BVP	2	5	70	4	4	3	2	10	11
Lib	4	6	2	66	3	1	2	16	11
DNVP	3	6	2	4	70	0	3	13	15
Sonstige	6	9	6	7	7	40	3	21	10
NSDAP	8	13	9	14	27	9	13	7	5
Nichtwähler	3	9	10	6	6	7	1	57	24
	7	20	13	12	16	8	2	22	100

Wahl 1928									
Wahl 1924b	KPD	SPD	Z/B	Lib	DN	S.	NS	NW	ges.
KPD	52	16	7	9	8	4	2	2	7
SPD	6	79	2	4	1	6	1	1	20
Z/BVP	3	7	55	5	6	10	2	13	12
Lib	3	5	5	45	2	15	3	22	12
DNVP	4	10	6	4	51	11	1	12	16
Sonstige	4	7	31	6	6	29	3	15	8
NSDAP	5	17	13	12	9	18	8	19	2
Nichtwähler	5	4	0	3	2	7	2	78	22
	8	22	12	10	11	11	2	26	100

Tabelle 2. (Fortsetzung)

Wahl 1930									
Wahl	KPD	SPD	Z/B	Lib	DN	S.	NS	NW	ges.
1928									
KPD	57	5	4	4	7	7	5	12	8
SPD	7	68	4	3	1	2	10	5	22
Z/BVP	7	0	66	3	2	9	9	4	12
Lib	2	10	6	31	5	10	26	11	10
DNVP	5	3	5	3	27	11	31	16	11
Sonstige	5	10	10	5	7	47	11	7	11
NSDAP	9	12	9	5	3	13	38	11	2
Nichtwähler	9	7	6	6	2	8	14	50	26
	10	20	13	7	6	11	15	19	100
Wahl 1932a									
Wahl	KPD	SPD	Z/B	Lib	DN	S.	NS	NW	ges.
1930									
KPD	58	11	9	4	9	2	5	10	10
SPD	9	63	3	1	1	2	16	5	20
Z/BVP	6	7	65	1	5	2	10	5	13
Lib	5	18	11	6	12	2	36	11	7
DNVP	8	11	7	2	20	3	33	17	6
Sonstige	7	3	9	2	8	9	49	16	11
NSDAP	2	2	4	1	5	0	85	0	15
Nichtwähler	8	5	6	2	1	3	19	57	19
	12	18	14	2	5	3	31	17	100

Tabelle 2. (Fortsetzung)

Wahl 1932b									
Wahl	KPD	SPD	Z/B	Lib	DN	S.	NS	NW	ges.
1932a									
KPD	66	6	5	2	4	2	4	11	12
SPD	10	67	5	2	5	2	6	4	18
Z/BVP	7	5	63	3	5	3	6	9	14
Lib	18	13	11	15	10	7	4	24	2
DNVP	9	8	10	3	49	5	0	16	5
Sonstige	13	10	13	5	9	22	11	18	3
NSDAP	3	5	4	1	3	1	76	6	31
Nichtwähler	4	2	1	2	5	2	2	81	17
	13	16	13	2	7	3	27	20	100

Wahl 1933									
Wahl	KPD	SPD	Z/B	Lib	DN	S.	NS	NW	ges.
1932b									
KPD	62	7	7	2	7	1	9	6	13
SPD	2	78	3	2	3	1	6	6	16
Z/BVP	5	4	74	2	5	2	3	6	13
Lib	14	16	11	12	10	4	23	10	2
DNVP	3	0	4	3	49	2	34	6	7
Sonstige	9	17	8	4	12	11	33	6	3
NSDAP	2	1	1	1	3	0	92	2	27
Nichtwähler	2	4	7	1	2	2	42	41	20
	11	16	13	2	7	2	39	12	100

Wie auch immer, es gibt Belege dafür, daß es fruchtbarer sein kann, das Wechselwahlverhalten auf einer Gruppenebene und nicht auf der Ebene des gesamten Elektorats zu untersuchen. Um dies zu tun, charakterisieren wir zuerst summarisch die Wahlerfolge jeder Partei während der Weimarer Republik:

KPD:

Sie begann als Splitterpartei, war aber dann in der Lage, einen recht stabilen Wähleranteil, der etwa 10 Prozent der Wahlberechtigten ausmachte, an sich zu binden. Die Loyalität ihrer Wähler, wie wir sie durch die Hauptdiagonale von Tabelle 2 gemessen haben, nahm ständig zu, von 19 auf über 60%. Die Disposition ihrer Wähler, zur NSDAP überzuwechseln, war gering (jeweils weniger als 10%), und die NSDAP rangierte niemals hoch unter den Alternativen für KPD-Wähler (lediglich während der letzten Wahl der Weimarer Republik, 1933, stellte die NSDAP die führende Alternative dar; in allen anderen Wahlen nahm sie Rang 5 bis 8 ein). Die Asymmetrie in den Dispositionen war gering, die Nettobewegung sehr klein (vgl. Tabellen 3.1. und 3.2.). Für die KPD können wir daher den Schluß ziehen, daß die NSDAP keinen wirklichen Ansteckungsfaktor für ihre Wähler darstellte. Unabhängig davon, ob die Wähler der NSDAP Radikale oder Protestler waren, stellte die NSDAP für Kommunisten weder einen anderen Weg dar, ihre radikalen Überzeugungen auszudrücken, noch repräsentierte sie ein zusätzliches Protestventil.

SPD:

Die SPD war ebenfalls in der Lage, einen stabilen Wähleranteil, der zwischen 15 und 22% lag, zu halten. Die Loyalität ihrer Wähler war höher als im Falle der KPD (am Ende über 70%). Die Disposition von SPD-Wählern, zur NSDAP zu wechseln, wie auch der Rang der NSDAP als Alternative war bis 1928 gering, dann wurde die NSDAP in etwa so bedeutend wie die KPD als Alternative des Wechsels und rangierte auf dem ersten oder zweiten Platz. Es gab eine Asymmetrie der Dispositionen und eine bedeutsame Nettobewegung von Wählern zur NSDAP. Betrachten wir den Anteil von NSDAP-Wählern, die eine Disposition zur Wechselwahl zugunsten radikaler Parteien im allgemeinen aufwiesen (NSDAP, KPD und DNVP), so finden wir Stabilität und sogar einen Rückgang bei den letzten drei Wahlpaaren (26, 21 und 11%). Wenn wir all diese Züge zusammennehmen, so kann man mit einiger Sicherheit schließen, daß die NSDAP nach 1928 ganz einfach einen anderen Protestausweg für SPD-Wähler darstellte.

Zentrum/BVP:

Die Stabilität des Wähleranteils und die Loyalität der Anhänger von Zentrumspartei und bayerischer Volkspartei waren ähnlich wie die der SPD-Wähler. Die Tendenz, zur NSDAP überzuwechseln, und der Rang der NSDAP als Alternative waren relativ niedrig mit Ausnahme von zwei Wahlen (1930 und Juli 1932). Die Asymmetrie war niedrig und der Nettoübergang marginal. Hier war, wie schon im Falle der SPD, die Tendenz,

Blockgrenzen zu überschreiten, stabil und fiel während der letzten Wahlen auf 21, 18 und 13%). Das Verhalten der Wähler von Zentrum und BVP gegenüber der NSDAP ist vielleicht am besten im Sinne von "zeitweilige Irritation" zu charakterisieren: Es gab weder Radikalisierung noch war die NSDAP eine dauernde Protestoption für die katholischen Wähler.

DDP/DVP:

Hier gab es einen klaren Verlust von Wählerstimmen über die Zeit von 17% der Wahlberechtigten am Anfang der Weimarer Republik bis auf 2% während der letzten Wahlen. Die Loyalität war nur bescheiden während der ersten Wahlen und außergewöhnlich niedrig in den späteren. Die Tendenz, zur NSDAP überzuwechseln, stieg dramatisch zwischen 1928 und 1930 an, ja die NSDAP wurde die weitaus attraktivste Alternative, die in zwei Wahlen sogar höher rangierte als die DDP/DVP selbst. Die Asymmetrie war hoch mit Ausnahme der letzten Wahl, als nicht mehr viel Wähler übrig waren, der Nettofluß von Stimmen zur NSDAP war beträchtlich. Wenn wir wiederum die kombinierte Tendenz zum Wechsel zu radikalen Parteien betrachten, so finden wir während der letzten vier Wahlen sehr hohe Ziffern mit einer Vorherrschaft der rechtsextremen Parteien. Hier haben wir einen klaren Fall einer einseitigen Bewegung, die mit der Radikalisierungshypothese übereinstimmt.

DNVP:

Das Bild ist in etwa das gleiche wie bei DDP/DVP. Der Wähleranteil fiel von 12% und mehr auf 7% der Wahlberechtigten. Die Loyalität der DNVP-Wähler war etwas höher als die der DDP- und der DVP-Anhänger, dennoch aber nur relativ gering. Von 1930 an ist die NSDAP die am stärksten bevorzugte Alternative, in zwei Wahlen nimmt sie sogar einen höheren Rang ein als die DNVP selbst. Die Asymmetrie war hoch und der Nettoverlust erheblich. Die kombinierte Tendenz für radikale Parteien zu stimmen (einschließlich der DNVP selbst) war stets hoch, wobei die KPD eine geringe Rolle spielte und die NSDAP ständig an Gewicht gewann. Das Schicksal der DNVP war ähnlich wie das der DDP und der DVP, was die NSDAP betrifft. Da hier die DNVP selbst als eine radikale Partei klassifiziert wird, wollen wir anstelle des Etiketts "Radikalisierung" die Bewegung ihrer Wähler als "weitere Radikalisierung" bezeichnen.

Tabelle 3.1(a) Dispositionen gegenüber der NSDAP

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DN	S.
20/24a	7-0	3-0	4-0	8-0	8-0	6-0
24A/24B	3-8	1-12	2-18	2-9	3-29	3-7
24B/28	2-6	1-16	2-12	3-11	1-10	3-18
28/30	5-9	10-12	9-9	26-5	31-3	11-13
30/32A	5-2	16-2	10-4	36-1	33-5	49-0
32a/32b	4-3	6-5	5-4	4-1	0-3	11-1
32b/33	9-2	6-1	3-1	23-1	34-3	33-0

Erläuterung zu Tabelle 3.1(a): Die erste Zahl gibt die "Disposition" $\langle i, NS \rangle$ für das betreffende Wahlpaar an, die zweite Zahl gibt die "Disposition" $\langle NS, i \rangle$ an.

Tabelle 3.1(b) Asymmetrie

	KPD	SPD	Z/B	Lib.	DN	S.
20/24	*	*	*	*	*	*
24a/24b	-2.6	-12	-9	-4,5	-9,6	-2.3
24b/28	-3	-16	-6	-3.6	-10	-6
28/30	-1.8	-1.2	1	+5.2	+10.3	-1.2
30/32a	+2.5	+8	+2.5	+36	+6.6	*
32a/32b	+1.3	+1.2	+1.5	+4	*	+11
32b/33	+4.5	+6	+3	+23	+11.3	*

* : einseitig positiv

Erläuterungen zu Tabelle 3.1(b): Die Einträge mit positiven Vorzeichen geben die Proportion $\langle i, NS \rangle / \langle NS, i \rangle$ an ("Attraktivitätsübergewicht" der NSDAP), solche mit negativen Vorzeichen die Proportion $\langle NS, i \rangle / \langle i, NS \rangle$ an ("Attraktivitätsübergewicht" von i).

Tabelle 3.2(a) Stärke der Bewegungen

	KPD	SPD	Z/B	Lib.	DN	S.
20/24a	.13-0	.58-0	.6-0	1.26-0	1-0	.90-0
24A/24B	.25-.39	.15-.66	.26-.45	.26-.7	.37-1.33	.25-.47
24B/28	.14-.10	.2-.34	.24-.26	.36-.24	.16-.18	.24-.36
28/30	.40-.18	2.2-.24	1.08-.18	2.60-.10	3.41-.06	1.21-.25
30/32A	.50-.30	3.2-.30	1.30-.60	2.53-.15	1.98-.75	5.40-.0
32A/32B	.48-.93	1.08-1.55	.84-.1.24	08-.31	0-.93	.33-.31
32B/33	1.17-.54	.96-.27	.39-.27	.46-.27	2.38-.81	.99-0

Erläuterung zu Tabelle 3.2(a): Prozentuierungsbasis: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen. Die jeweils erste Zahl gibt den Strom von i zu NS an, die zweite den Strom von NS zu i.

Tabelle 3.2.(b) Netto-Bewegung

20/24	.13	.58	.6	1.26	1	.9
24a/24b	-.14	-.51	-.19	-.44	-.96	-.22
24b/28	.04	-.14	-.02	.12	-.02	-.12
28/30	.22	1.96	.90	2.50	3.35	.96
30/32a	.20	2.90	.70	2.38	1.23	5.40
32a/32b	-.45	-.47	-.40	-.23	-.93	.02
32b/33	.63	.69	+ .12	.19	1.57	.99
Mittelwert	.26	1.04	0.42	1.02	1.29	1.23
Gesamtstrom	.63	5.01	1.71	5.78	5.22	7.93

Erläuterung zu Tabelle 3.2(b): Die Einträge stellen die Differenz zwischen der jeweils ersten und der jeweils zweiten Zahl aus Tabelle 3.2(a) dar. Der "Mittelwert" gibt einen Eindruck von der Größenordnung des Stimmenflusses zwischen i und NS, der "Gesamtstrom" gibt einen Eindruck von den Verlusten, die die NSDAP der jeweiligen Partei über die Gesamtzeit hinzufügte.

Wenn wir alles zusammennehmen, können wir jetzt die verschiedenen Hypothesen, die den globalen Charakter der Entwicklung beschreiben, näher diskutieren. So weit die Mittelklasse im Blickpunkt steht, haben wir zwischen "Mittelschichtprotest", "Mittelschichtformierung" (was der Radikalisierung aller protestantischen Mittelklassewähler entspricht) und "ideologischer Mittelklasseradikalisierung" (d.h. Differenzen zwischen den

verschiedenen Gruppen) zu wählen. Die Bewegung der Wähler aller Parteien, die wir hier betrachtet haben, zur NSDAP ist derart stark einseitig gerichtet, daß wir "Protest" sofort ausschließen können. Welche Evidenz liegt hinsichtlich der Wählerbewegungen, wie sie von den beiden anderen Versionen der Mittelklassenhypothese vorausgesetzt werden, vor? Während die Radikalisierungshypothese ständig stärkere Bewegungen von der DDP, DVP und Wirtschaftspartei zur NSDAP postuliert als von der konservativen DNVP, sollten nach der Formierungshypothese keine derartigen Unterschiede bestehen. Unglücklicherweise sind wir nur in der Lage, die Bewegungen von den beiden liberalen Parteien, also der DDP und der DVP, zur NSDAP mit denen von der DNVP zu vergleichen, da die Wirtschaftspartei in den vorliegenden Datensätzen Teil der Sonstigen-Kategorie ist. Das vorliegende Material zeigt keine ausgeprägten Unterschiede zwischen den beiden liberalen Parteien und der DNVP vor 1933. Da überdies die Sonstigenkategorie eine Entwicklung aufweist, die der Entwicklung dieser Parteien stark gleicht, haben wir keinen Hinweis darauf, daß die Wähler der Wirtschaftspartei sich anders verhalten hätten. Deshalb, alles zusammengenommen, widerlegen die Daten die Annahmen der Hypothese ideologischer Radikalisierung der Mittelklasse und unterstützen, zumindest tendenziell, die Mittelklassenformierungshypothese.

Was den Zustrom von Wählern aus der Arbeiterklasse angeht, finden wir klare Belege dafür, daß der Prozeß, der dahinterstand, sich von dem Prozeß, der in der Mittelklasse wirksam war, unterschied. Die Schichtdifferenzhypothese in Form einer Mittelklassenformierung plus Arbeiterklassenprotest wird von unseren Daten voll unterstützt. Die Daten belegen überdies, daß diese Hypothese noch erheblich verfeinert werden muß. Die Unterschiede zwischen KPD- und SPD-Wählern geben Hinweise darauf, daß die Artikuliertheit oder die Rigorosität der Ideologie eine erhebliche Rolle spielte. Im Lichte unserer theoretischen Erwägungen sind wir nun in der Lage, zu einigen Schlußfolgerungen zu kommen, die auch Hinweise darauf enthalten, wie die Schichtdifferenzhypothese weiter verfeinert werden könnte.

5.4. Schlußfolgerungen:

In extremer Vereinfachung können wir die Entwicklung wie folgt beschreiben: die Wirtschaftskrise führte zu einer Transformierung der sozialen Verortung des Weimarer Parteiensystems. Zwei Phasen können unterschieden werden, die eine bis 1928 reichend, eine zweite von 1928 bis

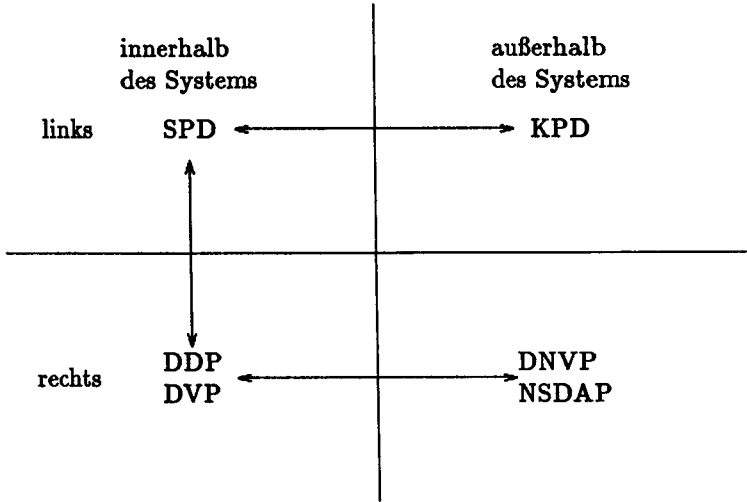
1933.

In Phase I beziehen sich diejenigen, die in Opposition zum "System" stehen, auch auf die Links-Rechts-Dimension, während für die anderen, die das System noch unterstützen, die Kombination der Systemdimension und der Links-Rechts-Dimension von Bedeutung ist. Sie können entweder die Systemgrenzen oder die Klassengrenzen überqueren, nicht aber beides. Mit anderen Worten: Zur Beschreibung der Bewegungen genügt hier eine einzige Dimension, nämlich die Links-Rechts-Achse. In der Phase II dagegen, als die Wirtschaftskrise jeden anderen Punkt dominierte, wurden die positionalen Differenzen auf unterschiedliche Weise tangiert: für diejenigen, die in Opposition zum System standen, änderte sich überhaupt nichts. Für diejenigen, die sich nicht in Opposition zum System befanden, wandelt sich die Bedeutsamkeit der Links-Rechts-Dimension in ganz unterschiedlicher Weise: Wenn Arbeiter von der SPD abwandern und ihren Protest Ausdruck geben, kümmern sie sich nicht mehr um die Links-Rechts-Dimension, während die protestantische Mittelklasse jegliche Hemmung verliert, die Systemgrenzen zu überqueren, aber der Links-Rechts-Dimension ganz klar nach wie vor erhebliches Gewicht beimißt.

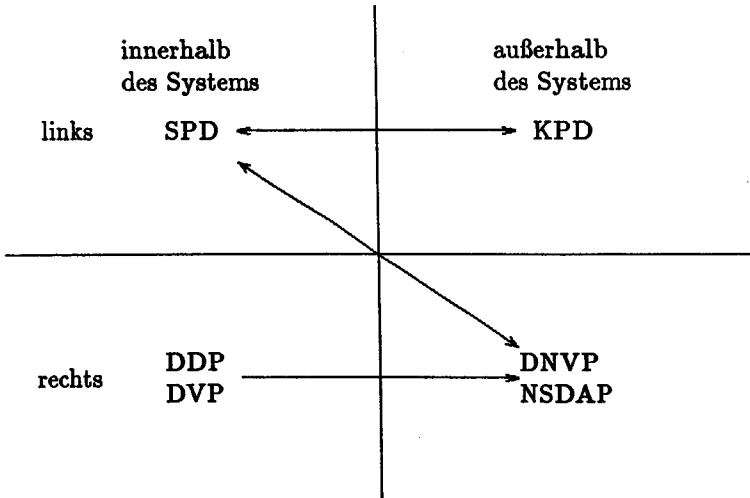
Das Anwachsen der NSDAP war weder ein Beispiel von einfachem Belohnung/Bestrafungsverhalten der Wählerschaft noch die Auswirkung einer Massenradikalisierung. Die Art, wie die Wirtschaftskrise in eine politische Krise überführt wurde, war komplex, läßt sich aber rekonstruieren. Befriedigende Erklärungen der Wahlerfolge des Nationalsozialismus von 1928 verlangen in der Tat nach umfassenderen und sehr viel stärker datenbezogenen Hypothesen als die, die normalerweise von den Wahlhistorikern vertreten werden. Wir sind optimistisch, daß unser "rationalistischer Ansatz" uns geholfen hat, zu dieser Schlußfolgerung zu gelangen.

Figur 5: Die Wählerbewegungen zwischen den Parteien

Phase I



Phase II



(Zentrum und BVP sind hier ausgelassen, da für die Wähler dieser Parteien die Konfession sichtlich das wichtigste Issue war, das sie zu stabilen Parteigängern machte).

Anhang: Zur hier verwendeten Version der ökologischen Regressionsanalyse

Die Daten des historischen Wahl- und Sozialforschers liegen im allgemeinen nur auf der Ebene von Gebietseinheiten, etwa den Kreisen oder Gemeinden des Deutschen Reiches, vor. Die theoretischen Aussagen hingegen zielen fast immer auf das Verhalten von Individuen oder sozialen Gruppen, so auch im vorliegenden Fall. Es muß also, will man Aussagen über das Verhalten von Kategorien von Individuen oder soziale Gruppen machen, versucht werden, von den bekannten bzw. errechenbaren Verteilungen zweier oder mehrerer Merkmale auf Gebietsebene auf die dahinterliegenden Individualbeziehungen zu schließen. Die damit zusammenhängenden Probleme sind unter dem Schlagwort "ökologischer Fehlschluß" bekanntgeworden. Dieser kann dann auftreten, wenn beim Schluß von der Aggregat- auf die Individualdatenebene durch sogenannte Kontexteffekte Verzerrungen entstehen, so daß auf der Gebietsebene gemessene statistische Zusammenhänge eine andere Größenordnung, ja sogar ein anderes Vorzeichen anzunehmen vermögen als analoge, auf der Individualebene gemessene Beziehungen. Besonders fehlschlußgefährdet sind die ökologischen Korrelationen. Unter bestimmten Umständen jedoch ist es trotzdem möglich, von der Gebiets- auf die Individualebene zu schließen. Ein mögliches Schlußverfahren ist die sogenannte ökologische Regressionsanalyse nach Bernstein (1932) und Goodman (1953; 1959). Von der Aggregat- auf die Individualebene kann dann geschlossen werden, wenn (1) die Beziehungen zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen innerhalb der Aggregateinheiten linear sind, wenn (2) die Regressionsparameter für das individuelle Datenmodell innerhalb jedes Aggregats in etwa gleich sind, und wenn (3) die Variablen zwischen den Aggregateinheiten genügend Variation aufweisen, um Extrapolationen auf die Extreme zu ermöglichen. Bedingung (3) kann auch dann überprüft werden, wenn Individualdaten fehlen und nur Aggregatdaten zur Verfügung stehen. Bedingungen (1) und (2) dagegen benötigen zu ihrer Überprüfung Individualdaten oder zumindest Daten auf einem niedrigeren Aggregationsniveau. Um die Kontingenztafel der Wählerwanderungen (oder anderer Beziehungen wie etwa der Tendenz von Katholiken oder Protestanten, NSDAP zu wählen) für die Individualebene aus Aggregatdaten zu rekonstruieren, gehen wir im allgemeinen folgendermaßen vor: (1) wir errechnen mit Hilfe der unstandardisierten Regressionskoeffizienten die einfache (je nach Anzahl der Prädiktoren bi- oder multivariate) ökologische Regression (vgl. hierzu etwa Falter 1984 oder Falter/Hänisch 1986); falls keine negativen oder über 100 liegenden Prozentschätzwerte ("relative Häufigkeiten") auftreten, wie sich dies

beispielsweise im Falle des Abstimmungsverhaltens nach Gemeindegrößenklassen oder der Konfession ergibt, resultiert bereits daraus die gesuchte individuelle Kontingenztafel; falls jedoch, was häufiger der Fall ist, negative oder über 100 liegende Prozentschätzwerte auftreten, versuchen wir in einem zweiten Schritt den Einfluß von möglichen, als Störvariablen wirkenden Kontextfaktoren wie den der Konfession, Urbanisierung oder Region dadurch zu neutralisieren, daß wir diese Faktoren explizit als Kontrollvariablen in unsere ökologischen Regressionsmodelle mit aufnehmen; durch diese Prozedur wird im allgemeinen sowohl die Zahl als auch die Höhe der negativen oder über 100 liegenden (geschätzten) relativen Häufigkeiten verringert; bleiben dann noch immer solche unplausiblen Prozentschätzwerte übrig, unterziehen wir (3) unsere Schätzergebnisse einer gewissermaßen kosmetische Operation mittels des Verfahrens des "proportional fitting", bei dem die Werte der in Schritt (2) ermittelten Kontingenztafel in einer iterativen Prozedur so angepaßt werden, daß sie - wie dies Prozentwerte üblicherweise tun - zwischen 0 und 100 liegen, ohne daß sich dadurch die internen Relationen der Kontingenztafel nennenswert verschieben würden. (1) Technisch gesehen geht die in Schritt (1) angesprochene ökologische Regressionsanalyse so vor, daß zuerst für die Wertepaare zweier Anteilsvariablen, also etwa des Katholiken- und NSDAP-Anteils bei der Juliwahl von 1932, für die 865 (oder 831) Kreiseinheiten unseres Datensatzes die (unstandardisierten) Regressionskoeffizienten errechnet werden; die Regressionsgleichung würde in unserem Beispiel lauten: %NSDAP = 0,39 - 0,24 · %Katholiken. Dies bedeutet, daß der NSDAP-Stimmenanteil im Durchschnitt aller Kreise um 0,24% sinkt, wenn der Katholikenanteil um 1% steigt. Extrapoliert man dieses Ergebnis nun in die Extreme, so gelangt man zu folgenden Beziehungen: Ist ein Kreis zu 100% katholisch, ist ein NSDAP-Stimmenanteil von $Y = 0,39 - 0,24 \cdot 1 (= 15\%)$ zu erwarten. Ist ein Kreis dagegen zu 0% katholisch, ist ein NSDAP-Stimmenanteil von $Y = 0,39 - 0,24 \cdot 0 (= 39\%)$ zu erwarten. Diese erwarteten Wahrscheinlichkeiten in den Extremkreisen gelten dann logischerweise auch für die Individuen, da in den Extremen ja nur Protestanten (oder Katholiken) leben. Verhalten sich nun Katholiken und Protestanten tendenziell überall gleich, d.h. wählen sie im Schnitt zu 15 bzw. 39% NSDAP, unabhängig davon, wie die religiöse oder soziale Zusammensetzung der Aggregate aussieht, kann man anhand dieser extrapolierten Werte von der Aggregat- auf die Individualebene schließen. Im vorliegenden Beispiel treten, wie ersichtlich, keine unplausiblen Schätzwerte auf. In anderen Fällen hingegen, so etwa im Falle der Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und der Wahl von NSDAP, KPD etc. stoßen wir auf Schätzwerte, die negative oder über 100 liegende Prozentwerte ergeben würden. Hier sind Störfaktoren am Werke, die aus

der Interaktion von – beispielsweise – Konfession, Urbanisierung und Arbeitslosigkeit mit dem Wahlverhalten resultieren (Katholiken reagieren anders auf Arbeitslosigkeit als Protestanten, Städter anders als Landbewohner etc.). Diese Störeffekte versuchen wir mit Hilfe einer entsprechenden Modifikation der ökologischen Regressionsanalyse in Schritt (2) zu neutralisieren. (2) Aus der Kenntnis eines interaktiven Einflusses von Beruf, Konfession und Urbanisierung auf das Wahlverhalten heraus ($B \times K \times U \rightarrow WV$) empfiehlt es sich, eine vierdimensionale Kontingenztabelle zu konstruieren ($B \times K \times U \times WV$) und die Interaktionsterme höherer Ordnung zu berechnen, um auf diese Weise zu einer korrekteren Schätzung von $B \rightarrow WV$ zu gelangen, falls Individualdaten verfügbar wären. Da wir nur über Aggregatdaten verfügen, bedienen wir uns als Prädiktoren sogenannter Produktvariablen, die im vorliegenden Falle sich wie folgt zusammensetzen würden: $B = (01 = \% \text{Selbständige, } 02 = \% \text{Angestellte und Beamte, } 03 = \% \text{Arbeiter, } 04 = \% \text{Berufslose und Hausfrauen, } 05 = \% \text{Arbeitslose})$; $K = (01 = \% \text{Nichtkatholiken, } 02 = \% \text{Katholiken})$; $U = (01 = \% \text{Landbewohner, } 02 = \% \text{Stadtbewohner})$. Wir erhalten so einen Satz von $20 = 5 \times 2 \times 2$ Prädiktoren für jede Gebietseinheit. Die (im Falle von 6 Parteien) 20×6 -Kontingenztabelle wird mit Hilfe der obigen Formel geschätzt und in einer vierdimensionalen $5 \times 2 \times 2 \times 6$ -Kontingenztabelle angeordnet. Diese enthält vier relative Häufigkeiten für das Zusammentreffen von Arbeitslosigkeit und NSDAP-Wahl, eine für städtische, eine zweite für ländliche Katholiken, eine dritte für städtische und eine vierte für ländliche Nichtkatholiken. Die vier geschätzten Häufigkeiten können unterschiedlich ausfallen, was impliziert, daß das Modell Interaktionen erlaubt und daß die Effekte niedrigerer Ordnung nicht durch die Effekte höherer Ordnung unterdrückt werden. Wenn man nun die $B \times K \times U \times WV$ -Kontingenztabelle über die Dimensionen K und U aufaddiert, resultiert daraus die Kontingenztabelle für $\text{Beruf} \times \text{Wahlverhalten}$. Zwar enthält auch diese konkrete Matrix noch eine Reihe von negativen relativen Häufigkeiten, doch sind es zum einen deutlich weniger, zum anderen liegen sie im Mittel sehr viel näher bei 0 als dies ohne Berücksichtigung der genannten "Störfaktoren" der Fall gewesen wäre; mit anderen Worten bedeutet dies, daß die Verwendung von Kontrollvariablen den gewünschten stabilisierenden Effekt auf die Schätzwerte ausübt. (3) Da aber niemand gern einen negativen oder über 100 liegenden Prozentwert berichtet, auch wenn dies die bestmögliche Information darstellt, die wir mit den geschilderten Mitteln aus den verfügbaren Daten erhalten können, passen wir in Schritt (3) die Werte entsprechend an. Zunächst ziehen wir dazu die niedrigste Zahl, d.h. also den größten Negativschätzwert, von allen Elementen der Kontingenztabelle ab, wodurch alle Werte der Tabelle nicht-negativ werden; der größte

Negativschätzwert wird dabei automatisch auf Null gesetzt. Danach werden mit Hilfe des Verfahrens der iterativen proportionalen Anpassung (Deming und Stephan 1940) die Werte der Tabelle mit den unveränderten Randsummen konsistent gemacht. Der Nullwert (für den ehemaligen höchsten Negativschätzer) verbleibt als eine Art Narbe dieser kosmetischen Operation.

Literaturverzeichnis

Arendt, H., *The Origins of Totalitarianism*. New York 1951.

Bendix, R., *Social Stratification and Political Power*, in: *American Political Science Review*, 46, 1952, S. 357-375.

Bernstein, F., Über eine Methode, die soziologische und bevölkerungsstatistische Gliederung von Abstimmungen bei geheimen Wahlverfahren statistisch zu ermitteln, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, 22, 1932, S.253-256.

Burnham, W. D., *Political Immunization and Political Confessionalism. The United States and Weimar Germany*, in: *Journal of Interdisciplinary History*, 3, 1972, S. 1-30.

Davis, O. A., Hinich, M. J., Ordeshook, P. C., *An Expository Development of a Mathematical Model of the Electoral Process*, in: *American Political Science Review*, 64, 1970, S. 426-448.

Deming, W. E., und Stephan, F. F., *On the least squares adjustment of a sampled frequency table when the expected marginal totals are known*, in: *Ann. Math. Statist.*, 11, 1940, S. 427-444.

Enelow, O. A., Hinich, M. J., *The Spatial Theory of Voting. An Introduction*, Cambridge, Mass. 1984.

Falter, J. W., *Radicalization of the Middle Classes or Mobilization of the Unpolitical? The Theories of Seymour Martin Lipset and Reinhard Bendix on the Electoral Support of the NSDAP in the Light of Recent Research*, in: *Social Science Information*, 2, 1981, S. 389-430.

- Falter, J. W., Politische Konsequenzen von Massenarbeitslosigkeit. Neue Daten zu kontroversen Thesen über die Radikalisierung der Wählerschaft am Ende der Weimarer Republik, in: Politische Vierteljahresschrift, 25, 1984, S. 275-295
- Falter, J. W., Der Aufstieg der NSDAP in Franken bei den Reichstagswahlen 1924-1933. Ein Vergleich mit dem Reich unter besonderer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Einflußfaktoren, in: German Studies Review, IX, 1986, S. 319-360.
- Falter, J. W., (1986a) Unemployment and the Radicalisation of the German Electorate, 1928-1933, in: Stachura, P. (Hrsg.), Unemployment in Germany, 1919-1945, London 1986, S. 187-209.
- Falter, J. W., (1986b) The National-Socialist Mobilization of New Voters, in: Childers, T. (Hrsg.), The Formation of the Nazi Constituency 1919-1933, London/Sidney 1986, S. 202-231.
- Falter, J. W./ Hänisch, D., Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP 1928-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, 26, 1986, S. 177-216.
- Geiger, Th., Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit, 8, 1930, S. 6199-635.
- Goodman, L. A., Ecological Regression and Behavior of Individuals, in: American Sociological Review, 43, 1953, S. 557-572.
- Ders., Some Alternatives to Ecological Correlation, in: Journal of Sociology, 18, 1959, S. 663-664.
- Hagtvet, B., The Theory of Mass Society and the Collapse of the Weimar Republic: A Re-Examination, in: Larsen, St. U./ Hagtvet, B./ Myklebust, J. P. (Hrsg.), Who Were the Fascists. Social Roots of European Fascism, Bergen/Oslo/Tromsøe 1980, S. 66-117.
- Kiewiet, D. R., Macroeconomics & Micropolitics. The Electoral Effects of Economic Issues. Chicago 1983

- Kramer, G., Short-Term Fluctuations in U. S. Voting Behavior 1896-1964, in: *American Political Science Review*, 65, 1971, S. 131-143.
- Kornhauser, W., *The Politics of Mass Society*, London 1959.
- Lipset, S. M./ Rokkan, St., Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: A Cross-National Perspective*, New York 1967, S. 1-64.
- Lipset, S. M., *Political Man. The Social Bases of Politics*, Garden City/New York 1960.
- Lohmöller, J. B./Falter, J. W., Some Further Aspects of Ecological Regression Analysis, in: *Quality and Quantity*, 1986, S. 109-125.
- Meckstroth, Th. W., *Conditions of Partisan Realignment. A Study of Electoral Change*. Unveröffentl. Diss. University of Minnesota (University Microfilms).
- Rattinger, H., Politisches Verhalten von Arbeitslosen: Die Bundestagswahlen 1980 und 1983 im Vergleich, in: Oberndörfer, D./Rattinger, H./Schmitt, K. (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1985, S. 97-130.
- Robinson, W.S., Ecological Correlation and the Behavior of Individuals, in: *American Sociological Review*, 13, 1950, S. 351-357.
- Roth, D., Ökonomische Variablen und Wahlverhalten, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 14, 1973, S. 257-274.
- Shiveley, W. Ph., Party Identification, Party Choice and Voting Stability. The Weimar Case, in: *American Political Science Review*, 66, 1972, S. 1203-1225.

Waldman, L. K., *Models of Mass Movements. The Case of The Nazis.*
Unveröffentl. Diss. University of Chicago (Political Science), 1973.